Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — **Bezugspreis:** 85 Goldpfennig monatlich zuzüglich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verspätung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Anzeigen-Annahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser", Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — **Verlag:** Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. **Schriftleitung:** Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 43 — **Halle (S.), 23. Oktober 1926** — **2. Jahrgang**

Die Politik der Wirtschaft.

Falsches Nationalgefühl — Das Manifest der Wirtschaft — Unwilliges Echo in Rom und Paris — Amerikanische Ablehnung — Vernichtende Kritik an Versailles — Die unmöglichen Grenzen — Der Kampf gegen die Zollmauern — Besprechungen zwischen Gilbert und Mussolini — Deutsch-französisches Wirtschaftsbündnis? — Die Aeußerungen des Herrn Seydoux — Quertreibereien gegen Thoiry — Keine Auflegung der Eisenbahnbons — Die vertagte große Koalition — Die Sozialdemokraten gegen Braun — Konsolidierung der Mitte — Fridericus Rex für 10 Pfennige — Ausgerechnet Herr Stingl.

Nicht umsonst haben wir unsere letzte Wochenschau Wirtschaftsverflechtung überschrieben. In politischen und Handelskreisen wußte man seit einiger Zeit, daß neben den bekanntgewordenen Verhandlungen über Abschluß von Konventionen einzelner Industrien, auch andere Aktionen in Vorbereitung waren. Ihre Bedeutung zu überschätzen wäre verfehlt, weil sich die Schwierigkeiten noch riesenhoch auftürmen und die verschieden gearteten Interessen nur ganz allmählich einen Ausgleich finden werden. Auch sträubt sich ein falsch verstandenes Nationalgefühl gegen die Verwischung der Landesgrenzen. Keinen Erfolg soll man sicher in Rechnung stellen, wenn Monate und Jahre können vergehen, ehe aus diesen Kundgebungen Taten geworden sind. Und doch sind diese Aktionen auf keinen Fall vergeblich, weil sie einen Gedanken fördern, der heute gleichsam in der Luft umherschwirrt und doch früher oder später Form gewinnen muß. Dabei soll man den Begriff international nicht zu weit ziehen. Je umfassender er sich darstellt, um so geringer wird seine Aussicht auf Verwirklichung. Asien und Afrika scheiden beinahe völlig aus, Australien käme nur als britisches Dominion in Betracht, und die Vereinigten Staaten stehen genau so abseits, wie die lateinischen Republiken in Süd- und Mittel-Amerika. Es geht im wesentlichen nur um Europa. Aber auch das ist ein Fortschritt, der in unserer Linie liegt.

Man muß klar unterscheiden zwischen jenen großen Versuchen Weltwirtschaft zu treiben und den Bestrebungen, zunächst einmal zwischen einzelnen Völkern die Konkurrenz auszuschalten. Das erste ist so gewaltig, daß man es zwar erhoffen und erwünschen, aber nicht ohne weiteres auch nur als möglich unterstellen soll. Daß man es trotzdem in den Vordergrund drängt ist taktisch nur richtig, weil sich die Menschheit daran gewöhnen muß, über ihre engen Sonderinteressenten hinwegzusehen und die großen Zusammenhänge zu erfassen. Die nächste Zukunft jedoch liegt in den Abmachungen, wie sie sich im Eisenpakt darstellen oder in Romsey in Vorbereitung gewesen sind. Auf sie wird man immer wieder eingehen müssen, selbst wenn man sie im Sinne des weiteren Gedankens nur als Vorstufe betrachtet.

Das Manifest der Industriellen und Finanzleute aus 16 Staaten hat in der Oeffentlichkeit ungeheures Aufsehen erregt. Es ist durchaus nicht überall freundlich aufgenommen worden, nicht einmal in Ländern, die selbst daran beteiligt sind. In Italien äußert man lebhafte Bedenken, weil dieser Staat durch seinen Mangel an Rohstoffen allerdings in einer ungewöhnlich schlechten Stellung sich befindet. Es hat weder Holz, noch Kohlen, noch Eisen. Letzteres in so bescheidenem Ausmaße, daß man es nicht nennenswert in Betracht ziehen darf. Es ist im wesentlichen ein Agrarstaat mit verarbeitender Industrie und völlig auf die großen Rohstoff-Reservoire der Welt angewiesen. Auch die Amerikaner wollen trotz der Unterschrift Morgans wenig von dieser Kundgebung wissen. Auch das ist begreiflich. Die Republikaner, die in Washington regieren, sind Schutzzöllner und können schon angesichts der bevorstehenden Wahlen garnicht daran denken ihre Hauptparole fallen zu lassen. In den französischen Rechtskreisen aber sieht man in dem Manifest eine verschärfende Kritik der Friedensverträge von Versailles, St. Germain, Trianon und Sevres. Uebrigens nicht mit Unrecht. Deutlicher ist nur selten über die Ungeheuerlichkeiten dieser sogenannten Friedensverträge gesprochen worden als in diesem Manifest. Sie werden für das ganze Elend der Gegenwart verantwortlich gemacht.

Gerade darin jedoch sehen wir einen wesentlichen Fortschritt. Es hat gar keinen Zweck, aus Gefälligkeit gegen Frankreich oder die Staatsmänner der anderen Ententestaaten diese Kritik zum Verstummen zu bringen. Ihre nicht gründlich mit allen den Fehlern aufgeräumt wird, die 1918 und 1919 begangen worden sind, werden die Zustände nicht ändern. Das Manifest stellt durchaus sachgemäß fest, daß die Schaffung kleiner Staaten nach Zerschlagung der Großmächte eine unerträgliche Lähmung des Handels bedeutet. Es geht sogar weiter und bemängelt auch die hohen Eisenbahntarife, die von politisch. Erwägungen diktiert worden sind, worunter zweifellos in unserer Linie die Belastung der Reichseisenbahn durch den Dawesplan gemeint ist. Die unnatürlichen Grenzen, die neuste Europa zerschneiden, sind durch Zollmauern verstärkt worden, hinter denen sich Industrien entwickelt haben, deren Lebensfähigkeit bestritten wird. Jeder von uns kennt die Berechtigung dieser Verurteilung, sie ist auch häufig genug ausgesprochen worden, aber daß sich die Wirtschaft entschloß, diese Uebelstände öffentlich an den Pranger zu stellen, ist das neuartige. Ist es vor allem, weil darunter Namen stehen, die internationalen Klang besitzen. Wenn der Gouverneur der Bank von England, der französischen und belgischen Notenbanken, der Italiener Pirelli, die leitenden Finanzleute Hollands, der Schweiz, Schwedens und Morgan sich zu dieser Auffassung bekennen, so kann man das nicht mehr mit einer Handbewegung abtun. Was sie fordern, ist die Beseitigung der Zollschranken, ist freie Bahn für den internationalen Handel.

Danebenher laufen weiter die Bestrebungen, zu Einzelabkommen zu gelangen. Man braucht nicht gleich so weit zu gehen, wie es angeblich eine hochgestellte deutsche Persönlichkeit dem Intransigeant gegenüber getan haben soll, wonach ein gemeinsames deutsch-französisches Finanzprogramm mit politischer Einigung erstrebt wird. Einzelheiten zu dieser Meldung fordern jedoch Beachtung. So,

Dr. Bohner
über
den Magdeburger Justizskandal
in der Beilage der heutigen Nummer.

wenn von Besprechungen die Rede ist, die der Generalagent für Reparationen, Gilbert, in Rom mit Mussolini und dem Grafen Volpi führt, um eine gemeinsame Plattform für die Abänderung des Dawesplanes und eine allgemeine Regelung der Schuldenfrage zu finden. Auch Mitteilungen über die Gründung eines internationalen Finanztrustes unter Hinzuziehung der Morgangruppe, sind sicher verfrüht, geben aber doch eine gewisse Richtung an.

Bedeutsamer, weil klarer und bündiger sind Aeußerungen des französischen Finanzsachverständigen in beamteter Stellung Seydoux, die das neue Wiener Tageblatt wiedergibt. Seydoux verlangt eine gemeinsame Wirtschaftspolitik Deutschlands und Frankreichs als Friedensgewähr mit dem Ziel, den Kern für eine mitteleuropäische Wirtschaftsunion zu bilden. Sehr beachtlich sind seine Forderungen nach staatlicher Kontrolle der Kartelle und Einflußnahme auf die Preisbildung. Hier haben wir allerdings lebendige Gegenwart und zwar eine solche, die nicht mehr phantastisch ist.

Das bedeutet freilich nicht, daß die Auswirkungen von Thoiry sehr rasch in die Erscheinung treten. Im Gegenteil kann man nur immer wieder zur Geduld mahnen, die Widerstände und Schwierigkeiten sind garnicht zu unterschätzen. Sie gehen einmal von Paris aus, wo man noch immer zaudert, die Folgerungen aus der Besprechung Stresemanns mit Briand zu ziehen und sogar Quertreibereien versucht, wie jetzt Senator Jouvenel im „Matin", der geradezu auffordert, Thoiry als belanglos beiseite zu tun, und in noch höherem Grade von Washington, das sich scharf ablehnend gegen die Auflegung der Eisenbahnbons äußert. Weniger vermutlich, weil der Geldmarkt nicht aufnahmefähig für eine Summe von 2 bis 3 Milliarden ist, — das dürfte nur den Vorwand bilden, als weil man Frankreich nicht von den Daumenschrauben befreien will, ehe es nicht das Schuldenabkommen ratifiziert hat. Dafür aber sind die Aussichten geringer denn je. Die Abneigung gegen diese Vorlage wächst im Parlament zusehens, und es klingt durchaus glaubhaft, wenn an der Seine angenommen wird, daß Poincare den Entwurf zurückzieht.

Doch noch einen anderen Grund haben die Vereinigten Staaten, Frankreich nicht aus seiner Schuldknechtschaft zu entlassen. Solange in Europa unter ungeheueren Kosten das Wettrüsten fortgesetzt wird, wird man in den Vereinigten Staaten den Geldbeutel zuhalten. Die Erfahrungen mit der Abrüstungskommission des Völkerbundes berechtigen aber nicht gerade zu irgendwelchen Hoffnungen. Gerade Frankreich stellt immer neue Thesen auf, die nur als Sabotage bezeichnet werden können, und in der Frage der Giftgase ist die Kommission zu keinem Beschluß gekommen. Es war der Vorschlag gemacht worden, gegen Kriegführende, die von diesem verheerenden Kampfmittel Gebrauch machen, Sanktionen vorzunehmen, die wiederum mit Giftgasen durchgeführt werden sollten. Dagegen hat sich auch Deutschland mit Recht gewandt, denn das bedeutet im Grunde nur, daß jeder Staat Giftgase herstellen muß, um sie bei solchen Sanktionen vorrätig zu haben.

Ruhiger entwickelt sich die deutsche Innenpolitik. Die Versuche, in Preußen die große Koalition herbeizuführen, sind allerdings zunächst gescheitert. Denn da keiner wollte leiden, daß der andere für ihn zahlte, zahlte keiner von beiden. Die Sozialdemokratie wünschte Zeit zu gewinnen, um sich nicht ihre Werbewoche stören zu lassen und auch noch rasch einige Posten zu besetzen. Die bürgerlichen Regierungsparteien möchten gerne die gleiche Frage auch im Reiche anschneiden, wozu der Zusammentritt des Reichstages abgewartet werden muß, die Volkspartei ist verstimmt, weil der große Wechsel in der Verwaltung ohne sie vorgenommen wurde. So hat man sich denn, wie üblich, wieder einmal auseinander geredet, obwohl die Errichtung einer Regierung auf breiter Grundlage eine unbedingte Notwendigkeit ist. Und weil sie sich als solche herausstellt, geben wir auch die Hoffnung nicht auf, daß sie früher oder später zur Tatsache wird. Der Trennungsstrich zu den Deutschnationalen kann garnicht scharf genug gezogen werden. Graf Westarp hat in seiner Karlsruher Rede Töne angeschlagen, die wir bei ihm nicht gewöhnt sind. An die Stelle forschen Draufgängertums trat die wehmütige Elegie. Er sieht alle Felle fortschwimmen. Diese Feststellung dürfte richtig sein, nur ist er leider noch immer nicht geneigt, zu erkennen und zu bekennen, daß er und seine Freunde allein die Schuld daran tragen. Er hat sich dagegen gewandt, daß Stresemann die Deutschnationalen als die ewig Gestrigen bezeichne. Der Ausdruck ist in der Tat falsch. Es sind die ewig Vorgestrigen. Die immer 60 Jahre in der Entwickelung nachhinken.

Viel Schuld trifft auch die Sozialdemokraten. Sie haben in Preußen wieder ein Meisterstück geliefert. Ihr Ministerpräsident Braun legte den Vergleich mit den Hohenzollern vor, schön ist er gewiß nicht. Aber die Schuld trifft die Sozialdemokraten, die den Volksentscheid falsch aufgezogen und damit zu einer sicheren Niederlage geführt haben. Die von ihnen selbst ursprünglich gewählte Form hätte einen glatten Sieg erstritten und uns die leidige Angelegenheit vom Halse geschafft. Daß sie jetzt aus Angst vor den Wählern ihre eigene Regierung im Stich lassen, gehört in das bei ihnen sehr umfangreiche Kapitel der Unzuverlässigkeit.

Die Konsolidierung der Mitte hingegen schreitet fort. In Bayern ist eine Liberale Vereinigung gegründet worden, in deren Vorstand die Volkspartei und die demokratische Partei offiziell vertreten sind. Es ist hier leichter als irgendwo anders, beide zusammenzubringen, weil in Bayern schon früher immer nur eine liberale Partei bestanden hat. Sie sind getrennt marschiert und geschlagen worden. Man muß abwarten, ob sie gemeinsam ihre Stellung verbessern können. Gerade in Bayern aber ist das sehr notwendig, als Gegengewicht gegen den Partikularismus, der sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit äußert. Auch jetzt wieder angesichts der neuen Briefmarken. Sie sind mit dem Fridericus Rex höchst unzufrieden. Wir sind es auch, aber aus anderen Gründen. Wir finden, daß Friedrich II. in die Reihe unserer Dichter und Künstler nicht hineingehört, weil er, vollständig französisch eingestellt, gar kein Verständnis für sie aufgebracht und Lessing und Goethe auch persönlich geschädigt hat. Von beiden wollte er nichts wissen. Im München aber sieht man in dem Preußenkönig nur den Sieger von Roßbach. Als ob es darauf ankäme. Der Witz liegt übrigens darin, daß der verantwortliche Minister für die Briefmarke Herr Stingl aus Bayern ist. Weiter konnte man die Ironie nicht treiben.

Der Reichstagsbeginn steht unmittelbar bevor. Die parlamentarischen Arbeiten setzen wieder ein. Dieser Winter kann für die innere Politik, wie für die äußere entscheidend werden.

Richard May.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19261023-19/fragment/page=0001

Unser Reichstagsabgeordneter Staatspräsident a. D. Dr. Hummel

im Nordharzbezirk und im Freistaat Anhalt.

Seit Monaten erwünscht, seit Wochen planmäßig vorbereitet, begann am 10. d. M. im Anschluß an eine Bezirksversammlung unserer Partei in Magdeburg die Fahrt durch den südlichen Teil des Wahlkreises mit einem Besuch in Wernigerode. Der freundliche Empfang, den „die bunte Stadt am Harz" ihrem Abgeordneten bereitete, gestaltete sich zu einem verheißungsvollen Auftakt der Reise. Die abendliche Versammlung im „Wernigeroder Hof", geleitet vom Stadtverordnetenvorsteher Büchting, war sehr gut besucht. Viele Auswärtige, wie auch Mitglieder anderer Parteien, nahmen teil. Der uns heute zur Verfügung stehende Raum gestattet leider nicht, alle Anwesenden aufzuführen. Genannt seien die Herren Wolter, Eggeling, Deistel, Wittich und Aber. Dr. Hummel erfreute die Versammlung mit einer eingehenden Darlegung der innen- und außenpolitischen Lage. Die sich anschließende Diskussion bewies ihm, mit welcher Teilnahme man seinen Ausführungen gefolgt war.

Die erste Fahrt am nächsten Morgen galt dem kleinen Stapelburg, wo der Postverwalter und der Ortslehrer sich als aufrechte Demokraten inmitten der reaktionären Landbevölkerung der „Schwarzen Grafschaft" (Wernigerode) zu behaupten wissen.

Von dort ging es nach dem stillen Hornburg, dessen Bewohner den kühnen Plan haben, aus ihrem Städtchen einen Kurort zu machen. Hier lernte Dr. Hummel eine Ortsgruppe kennen, die unter der geistigen Leitung des Buchdruckereibesitzers Küster ein reges Leben entfaltet.

Die Mittagspause fand die Teilnehmer der Fahrt in der „Handschuhmacherstadt" Osterwieck an der Ilse. Dieser Ort, mit seinen vielen alten Fachwerkhäusern eine wirkliche Sehenswürdigkeit, war früher Sitz des Landrats des Landkreises Halberstadt und hat einen starken moralischen Anspruch, es wieder zu werden. Die Führer der zahlreichen Osterwiecker Demokraten, die Familie des Verlagsbuchhändlers und Druckers Zickfeld wie der Konrektor a. D. Koch setzen sich mit großer Energie für die Verwirklichung dieser Forderung ein.

Am Nachmittag wurde zunächst das Ackerstädtchen Dardesheim besucht, wo Bürgermeister Dogs, Stadtsekretär Odenbach und Auktionator Schmidt Herrn Dr. Hummel begrüßten. Dardesheim kann mit einer recht fragwürdigen Sensation aufwarten. So klein der Ort ist, er birgt innerhalb seiner Mauern einen „selbständigen" Gutsbezirk, was bei allen polizeilichen und zahlreichen anderen öffentlichen Handlungen zu geradezu grotesken und darum völlig unerträglichen Weiterungen und Schwierigkeiten führt. Die Eingemeindung des Gutsbezirks in das Städtchen überragt deshalb alle anderen Probleme des Ortes an Wichtigkeit.

In Thale, dem bekannten Luftkurort und Sitz des gleichnamigen Eisenhüttenwerkes liegen die Verhältnisse für uns Demokraten infolge der Schichtung der Bevölkerung besonders ungünstig. Auch dort, wie an so vielen anderen Orten, sind es zwei Angehörige des Lehrstandes, Konrektor Schernikow und sein treuer Gefährte, die sich unbeirrt um alle ihnen erwachsenden Scherereien für die Ausbreitung des demokratischen Gedankens einsetzen. Beiden war es eine Freude, sich durch eine zwanglose Unterhaltung mit ihrem Abgeordneten für die weitere Arbeit zu stärken.

In der Nachmittagsdämmerung wurde die Blumenstadt Quedlinburg erreicht. Hier waren im „Bunten Lamm" unsere Anhänger unter Führung des Herrn Ingenieur Schmidt so zahlreich aufmarschiert, daß es aussichtslos ist, sie alle zu nennen. Trotz der vorgerückten Stunde gab Herr Dr. Hummel dem allgemeinen Verlangen nach, sich eingehend über die politische Lage zu äußern und antwortete auch noch ausführlich auf alle Fragen, die Herr Magistratsassessor Langlotz an ihm richtete. Den Jubel der Versammlung rief er dabei durch die Erklärung hervor, daß für unsere Partei keine Flaggenfrage existiere. Die Farben der Demokratie seien und bleiben „Schwarz-rot-gold".

Das Nachtquartier des ersten Tages war in Halberstadt. Aber frühe Ruhe war den Teilnehmern der Fahrt nicht beschieden. Das Sitzungszimmer der Partei im „Prinz Eugen" war bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch hier erwartete man zusammenhängende Darlegungen des lange nicht gesehenen Abgeordneten. Auch hier entsprach Herr Dr. Hummel, trotz der Anstrengungen des Tages, dem Appell des Bezirksvorsitzenden Tröbst. Er entledigte sich seiner Aufgabe mit erstaunlicher Frische und mit hinreißender Beredsamkeit. Der Abend im „Prinz Eugen" wird den Halberstädter Parteifreunden in freundlicher, aufmunternder Erinnerung bleiben.

Am Dienstag, den 12. Oktober, empfing Herr Dr. Hummel in der Morgenfrühe den Besuch des Präsidenten Kämpfert von der Halberstädter Handelskammer. Dann ging es in eilender Fahrt nach Hamersleben, wo Lehrer Lüttich, Gastwirt Lärz und Dr. Plauth Herrn Dr. Hummel empfingen. Dr. Plauth ist Leiter der auf dem Gelände eines alten Klostergutes befindlichen Staatzuchtanstalt, die unter seiner Führung besucht wurde.

In Oschersleben, wo die Reisenden zur Mittagszeit anlangten, ist Studienrat Dr. Ritter der Leiter einer blühenden Ortsgruppe, die es erreicht hat, daß der frühere Vorsitzende Schalow als Demokrat auf einer gemeinsamen bürgerlichen Liste in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde.

Auch in Klein-Oschersleben wird, wie ein kurzer Besuch lehrte, die demokratische Lehre zu verbreiten gesucht.

In Kochstedt hat unser Magdeburger Parteifreund Krell, der dort eine kleine Besitzung hat, sich mit seinem ganzen Temperament für die Belebung des demokratischen Gedankens eingesetzt. Die Herren Scheller, Fischer, Büring und Behrendt konnten Herrn Dr. Hummel die Versicherung geben, daß diesem Streben ein voller Erfolg beschieden ist.

Am späten Nachmittag wurde Aschersleben erreicht. In dem repräsentativen Bestehornhaus hatten sich um Oberbürgermeister Willigmann zahlreiche Parteigenossen geschart, denen Herr Dr. Hummel in zwangloser Rede und Gegenrede Gelegenheit gab, ihre Wünsche und Sorgen zum Ausdruck zu bringen.

In Bernburg gab es dann noch zu verhältnismäßig sehr vorgerückter Stunde (aber daran war die Reisegesellschaft nun schon gewöhnt) ein durch humoristische Darbietungen gewürztes Beisammensein in größerem Kreise unter Leitung des allseitig verehrten Medizinalrats Dr. Matthias.

Am Mittwoch, den 13. Oktober, hatte Herr Dr. Hummel in seiner Eigenschaft als ständiger Sachverständiger der Wirtschafts-Enquete der Sitzung eines ihrer Unterausschüsse beizuwohnen. In aller Frühe mußte er deshalb von Bernberg nach Berlin fahren; am Abend des gleichen Tages war er jedoch schon wieder in Dessau, um am Morgen des 14. Oktober eine kurze Fahrt durch das Anhaltiner Land anzutreten.

Diese führte ihn zunächst nach der alten Residenzstadt Zerbst. Dort hatten sich unter Herrn Lehrer Gebbert zahlreiche Parteifreunde versammelt, die in temperamentvoller Weise ihre Sorgen und Beschwerden dem Reichstagsabgeordneten ihrer Heimat vortrugen.

In Roßlau, dem Elbhafenzentrum des Landes wurde die Mittagspause eingelegt. Herr Dr. Bruck und seine Gattin, die rührigen Leiter der dortigen Ortsgruppe hatten der „Stumpfen Ecke" die Roßlauer Demokraten in stattlicher Anzahl zu einem Mahle vereinigt. Abermals nahm Herr Dr. Hummel Gelegenheit, sich vor einer aufnahmebereiten Zuhörerschaft über die politische Lage zu äußern.

Sodann wurde die neugebildete Ortsgruppe in Coswig durch einen kurzen Besuch erfreut. Die Herren Haase, Brinkmann, Leiser und Prasse hatten dort die Möglichkeit, sich mit ihrem Abgeordneten über die demokratischen Aussichten in diesem Landesteil auszusprechen.

Am Abend versammelten sich die Führer der Demokratie des ganzen Landes im „Erdener Treppchen". Neben den Herren Staatsminister Weber, Luz, Bürgermeister Hesse, Dr. Rausch und vielen anderen nahm auch Professor Junckers an der Veranstaltung teil. Das einfache Mahl gipfelte in einer humorvollen Ansprache Dr. Hummels, an die eine angeregte Unterhaltung der Teilnehmer anknüpfte. Die Teilnahme an einer Morgenfahrt des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 15. Oktober zwang unseren Abgeordneten leider noch in der Nacht nach Berlin zurückzukehren.

Damit endete die Blitzfahrt durch den südlichen Teil des Wahlkreises. Während der vier ihm zu Gebote stehenden Tage hat Herr Dr. Hummel wohl über ein Dutzend Mal zu längeren Ausführungen das Wort ergriffen und damit ein glänzendes Zeugnis seiner Jugendfrische und seines technischen Könnens abgelegt. Das war nicht die eigentliche Absicht der Veranstaltung. Der Hauptzweck war, den Kontakt mit der Wählerschaft persönlich zu erneuern und zu vertiefen, den Stand der Organisation im Wahlkreis zu prüfen, Erweiterungsmöglichkeiten zu studieren, anzuregen und im Prinzip festzulegen, den Plan für die Winterpropaganda aufzustellen und die Orte zu bestimmen, an welchen während der kommenden Monate öffentliche Versammlungen abgehalten werden sollen. Auf diese Dinge ist in den zahllosen Unterhaltungen mit den einzelnen Wählern das Hauptgewicht gelegt worden und es darf gesagt werden, daß in den Früchten, die diese intimen Besprechungen tragen werden, der unbestreitbare große und nachhaltige Erfolg der Besuchsreise zutage treten wird.

Darüber hinaus haben diese leider allzu kurzen Tage engen Zusammenseins unserem verehrten Abgeordneten hoffentlich die Ueberzeugung u. das befriedigende Bewußtsein verschafft, daß in den besuchten Landesteilen schon viel gute Arbeit verrichtet ist, und daß von einer erfreulichen Festigung und Ausbreitung des demokratischen Gedankens im Lande gesprochen werden darf. Möge ihn das veranlassen, sich seiner Wählerschaft, die ihm freudig und dankbar folgt, bald wieder zu zeigen.

Eine besondere Note erhielt die Reise auch dadurch, daß an allen Orten, wo die Beleuchtungsverhältnisse es zuließen, einzelne Teilnehmer der Fahrt und der Ortsgruppen von Herrn Dr. Hummel mit seinem Apparat gefilmt wurden. Die Vorführung dieser Bildstreifen wird bei späteren Besuchen freudig begrüßt werden und die Erinnerung an die diesjährige Besuchsfahrt wach halten.

Alle Demokraten werben für ihre Zeitung!

Soziales

Beflaggung von Dienstwohnungen. Der Reichsverkehrsminister hat Anordnung getroffen über das Beflaggen von Dienstgebäuden und Dienstwohnungen mit der deutschen Reichsflagge. Danach dürfen Dienstwohnungen in Reichsgebäuden nur mit der Reichsflagge beflaggt werden. Die Landesflagge kann gesetzt werden, wenn gleichzeitig die Reichsflagge gesetzt wird. Reichseigene Gebäude, die nicht als Dienstgebäude verwendet werden, sind, wenn amtlich geflaggt wird, mit der Reichsflagge zu beflaggen. Beim Vermieten von amtlichen Wohnungen ist das Flaggen als Bedingung in den Mietvertrag aufzunehmen. Reichstagsabgeordneter Schuldt-Steglitz (Demokrat) hat die Reichsbahngesellschaft ersucht, eine gleiche Verordnung auch für den Bereich der Reichsbahngesellschaft zu treffen.

Forderung eines Arbeitszeit-Notgesetzes.
Ein Schritt der Gewerkschaften.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" erfährt, haben die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen am Freitag über die Forderung eines Arbeitszeit-Notgesetzes verhandelt, das als Initiativgesetz dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt vorgelegt werden soll. Da u. a. in gewerkschaftlichen Kreisen wegen des Ueberhandnehmens von Ueberstunden lebhafte Klage geführt worden ist, und da weiterhin mit einer schnellen Verabschiedung des umfangreichen Arbeitsschutz-Entwurfes nicht zu rechnen ist, so ist jetzt der Plan entstanden, die Frage der Arbeitszeit im Wege eines Notgesetzes zu regeln.

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Geschäftsführender Ausschuß). Sitzung am Montag, den 25. Oktober, abends 7½ Uhr, in der Geschäftsstelle.

D. D. P. (Stammtisch). Dienstag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär", Weinsaßstraße 6. Die Mitglieder der D. D. P. werden gebeten, sich am Stammtisch zu beteiligen.

Wir bitten alle Ortsgruppen, ihre Veranstaltungen in unserer Wochenschrift bekannt zu geben. Erwünscht sind auch lokale Ereignisse.

Demokratische Jugend. Freitag, den 29. Oktober 1926, abends 8 Uhr in den Altstädter Bürgersälen: Neue Wirtschaft. (Redner Herr Ing. Lampe.) Gäste willkommen.

Stadtverordneter Küstermann fühlt sich beleidigt.

In der Nummer 36 haben wir zur Frage der Konrektorenstellen an den Mittelschulen Stellung genommen. Stadtverordneter Küstermann hat uns auf Grund dieser Stellungnahme eine längere Berichtigung geschickt, die wir aber, weil sie dem Pressegesetz nicht entsprach, ablehnten. In einer Vorstandssitzung der **Deutschen Volkspartei** wurde im Einvernehmen mit dem Schul- und Kulturausschuß dieser Partei auf **Veranlassung der Stadtverordneten Küstermann** zu den Auslassungen in der „Mitteldeutschen Rundschau" Stellung genommen, u. a. behauptet, daß unsere Berichterstattung nicht den Tatsachen entspreche, und daß unsere Behauptungen gegenüber dem Stadtverordneten Küstermann als **unwahr** und **beleidigend** zurückgewiesen werden.

Wir haben uns bemüht, etwas Genaueres über diese Dinge zu erfahren. Hierbei haben wir festgestellt, daß Stadtverordneter Küstermann bei der **Etatsberatung** im Auftrage der Rechtsfraktion den Antrag auf Errichtung der 2. Konrektorenstellen gestellt hat. Der Magistrat hat aus finanzieller Not und nach eingehender Erkundigung bei den Schulverwaltungen großer Städte von der Errichtung der 2. Konrektorenstellen abgesehen und der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, seinem Beschluß beizutreten bezw. die 2. Konrektorstelle an den Mittelschulen zu streichen. Den Vorgang in der Stadtverordnetenversammlung haben wir in der Nummer 36 ganz **richtig** wiedergegeben und möchten dazu nur ergänzend bemerken, daß man aus der Debatte den Eindruck gewinnen konnte, daß alle Aussichten auf Schaffung dieser Aufrückungsstellen verloren seien, umso mehr, als ein Nachprüfen der Mittelschulverhältnisse ergab, daß recht viele Systeme zu **klein** seien, um eine 2. Konrektorenstelle an ihnen rechtfertigen zu können. Die Stadtverordnete, Fräulein **Behrens,** die über die Sachlage genau informiert war, hatte bereits im **Schulausschuß** und zwar **nicht** aus irgendwelcher parteiagitatorischer Absicht, sondern aus Gründen der **Gerechtigkeit** angeregt, wenigstens für die größeren Systeme die **2. Aufrückungsstellen einzurichten.** In diesem Sinne hat der Schulausschuß beschlossen und die Stadtverordnetensitzung vom 3. September 1926. In dieser Sitzung sprach Fräulein Behrens ausdrücklich von dem Unrecht, das der Mittelschullehrerschaft geschähe, daß aber andererseits bei genauer Prüfung der Größe der Systeme kein anderes Ergebnis durch den Magistrat zu erreichen war.

Uhland-Bund. Die „Aelteren-Gruppe der D. J." hielt am Freitag, den 15. Oktober 1926, in den Altstädter Bürgersälen eine gut besuchte Versammlung ab. Eingeleitet wurde der Abend durch die Diskussion über den früher gehaltenen Vortrag des Herrn Dr. Menne: „Grundfragen des deutschen Rechts", an der sich die Parteifreunde rege beteiligten. Besonders eingehend wurden Richterfragen und der Fall Köllinge-Hoffmann besprochen, ebenso die durch die Emminger'sche Justizreform herbeigeführte Aenderung in der Rechtspflege. Herr Dr. Menne gab Aufklärung über die Laufbahn der Richter. Anschließend hieran sprach Herr Stadv. Blume über: „Kommunalpolitische Tagesfragen". Der Redner streifte die letzte Stadtverordnetenversammlung, wobei er besonders den Antrag auf Herabsetzung der Gewerbesteuer behandelte. Er ging dann auf den Haushalts-Etat unserer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19261023-19/fragment/page=0002

Stadt ein. Die Ausgaben der Stadt belaufen sich auf a. 60 Mill. Mark, von denen etwa 22 Mill. Mark durch Steuern aufgebracht werden, während der verbleibende Rest durch Gebühren und Einnahmen aus werbenden Anlagen gedeckt wird. Die Wohlfahrtspflege erfordert allein ein Sechstel der gesamten Ausgaben. Weiter ist erwähnenswert, daß der auf die Stadt entfallende Anteil der Hauszinssteuer jährlich 2 Mill. Mark beträgt, daß jedoch die Stadt die für die Jahre 1927—28 in Voranschlag gebrachten Erträge bereits für Bauzwecke in Anspruch genommen hat. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Herabsetzung der Grundvermögenssteuer würde lediglich eine Ermäßigung der Steuer um 5 Pfennig pro Kopf der Bevölkerung bedeuten. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, der Uhland-Bund möge auf dem bisher beschrittenen Wege fortfahren und politisches Wissen unter seinen Mitgliedern verbreiten, das später nutzbringend im Dienste der Partei verwertet werden könne.

Der nächste Vortrag findet wiederum in den Altstädter-Bürgersälen am Freitag, den 29. Oktober 1926, statt, in der Herr Ing. Lampe über „Neue Wirtschaft" sprechen wird. Hierzu sind die Parteifreunde freundl. eingeladen.

Deutscher Bankbeamten-Verein. Aufsichtsrat und Hauptversammlung des Vereins haben kürzlich beschlossen, für die ordentlichen Mitglieder der Organisation ein Hinterbliebenengeld einzuführen. Diese Erweiterung der Unterstützungseinrichtungen wird mit dem **1. Januar 1927** in Kraft treten und wird sämtliche in Frage kommenden Mitglieder automatisch erfassen. Das Sterbegeld ist nach Beitragsjahren abgestuft, in sieben Klassen eingeteilt und beginnt nach drei Jahren mit 200 Mark; nach zehn Jahren erreicht es 500, nach zwanzig Jahren 700 und nach dreißig Jahren 1000 Mark.

Eine feine Marke. Der völkische frühere Redakteur der „Braunschweiger Landeszeitung" Kunze aus Braunschweig (vormals Seeladett und Baltikumoffizier) wird von der deutschen und schweizerischen Polizeibehörde gesucht. Kunze, der von der „Braunschweiger Landeszeitung" zu allen nationalistischen Aufgaben herangezogen wurde (so besuchte er oft das Linienschiff „Braunschweig", um mit ihm Fahrten zu unternehmen und Reiseberichte für die Zeitung zu geben), hinterließ zuletzt erhebliche Hotelschulden in Locarno und eignete sich eine wertvolle Mabeccomaschine an. Vor dem Ankauf der Maschine und vor dem „international bekannten Betrüger" warnen jetzt die Schweizer Zeitungen. In Braunschweig war Kunze in den „nationalen" Kreisen ein gern gesehener Gast.

Bei unregelmäßiger Post-Bestellung

beschwere man sich stets bei dem zuständigen Postamt, auch dann, wenn dem Leser unsere Zeitung durch den Verlag überwiesen wird. Erst wenn die wiederholte Beschwerde ohne Erfolg bleibt, bitten wir um Mitteilung.

Magdeburg. Ein Riesenbetrieb, den viele nicht kennen. Stadtrat Kobelt hatte am Dienstag, den 12. Oktober, die Stadtverordneten und Magistratsmitglieder sowie die Presse zu einer Besichtigung des Schlacht- und Viehhofes eingeladen. Ca. 150 Personen haben der Einladung Folge geleistet. In einer kurzen Ansprache wies Stadtrat Kobelt auf die Entwicklung des Schlacht- und Viehhofes hin. Vor 33 Jahren, als der Schlachthof an dieser Stelle angelegt wurde, war man im allgemeinen der Ansicht, daß er viel zu groß sei. Diese Auffassung hat sich als vollkommen irrig erwiesen. Der Schlacht- und Viehhof ist, wie Herr Stadtrat Kobelt an Hand der Statistik nachwies, viel zu klein. Es müssen zahlreiche Erweiterungsbauten vorgenommen werden. Es wird ein Seuchenviehhof errichtet, ferner ein Neubau für überständiges Vieh. Weitere wesentliche Verbesserungen und Veränderungen sind vorgesehen. Der Viehmarkt hat einen ungeahnten Aufschwung genommen. Ca. 1000 Rinder, 3—4000 Schweine werden dort wöchentlich verkauft, ebenso erheblich groß ist die Zahl des verkauften Kleinviehs. Unter sachkundiger Führung wurde der Schlachthof besichtigt. Für viele war es interessant, das Schlachten der Tiere zu beobachten. Mit einem neuen Schießapparat werden die Tiere betäubt. Eine Tierquälerei, wie sie sich mancher Bürger vorstellt, findet nicht statt. Alles in allem, der Schlacht- und Viehhof befindet sich in bewährten Händen und die Einwohnerschaft Magdeburgs kann mit Stolz auf das Werk des Stadtrats Kobelt blicken.

Magdeburg: Völkischer Reinfall. Die Völkischen hatten zum Sonntag, den 10. Oktober, nach Magdeburg einen Reichsbauerntag einberufen und dazu einige „große Kanonen" kommen lassen. Die Tagung war für die Völkischen ein großer Reinfall. Ganze 150 Personen nahmen an diesem **Reichsbauerntag** teil. Rechnet man die Völkischen aus der Altmark und nächster Umgebung ab, so bleibt für das übrige Reich herzlich wenig übrig. Herr Graefe-Goldebe schlug infolge dieses schlechten Besuches erhebliche Klagelieder an. Die Landwirtschaft hat endlich begriffen, daß ihre Belange durch völkische Phrasen nicht vertreten werden können, daß es vielmehr notwendig ist, sich an die Parteien zu wenden, die seit Jahren für die Landwirtschaft praktische Politik treiben. Die Völkischen stehen dem Landbund nahe und müssen daher **Großgrundbesitzerpolitik** treiben. Jedenfalls haben sich die Völkischen überzeugen können, daß sie ihren Anhang auf dem Lande, besonders unter der Bauernschaft, so gut wie verloren haben — und das ist gut so.

Wörlitz i. Anh. (Gegen den Bürgermeister Dr. Voigt) In der Stadtverordnetenversammlung kam es zu einem offenen Konflikt gegen den Bürgermeister Dr. Voigt. Die Stadtverordnetenversammlung setzt sich zusammen aus: **5 Sozialdemokraten, 1 Kommunisten, 2 Deutschnationalen, 3 Deutschen Volksparteilern und 1 Demokraten.** In der letzten öffentlichen Sitzung stellten alle Stadtverordneten ihre Mandate zur Verfügung. Die jetzige Stadtverordnetenversammlung will solange die Mandate nicht ausüben, als das schwebende Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister Voigt nicht erledigt ist. Die Stadtverordneten haben ebenso einmütig eine Anzeige gegen den Bürgermeister Voigt an die Staatsanwaltschaft in Dessau eingereicht, in der Dr. Voigt beschuldigt wird, amtliche Gelder **unterschlagen** zu haben. Jedenfalls darf erwartet werden, daß die Regierung umgehend eingreift und für geordnete Verhältnisse sorgt.

Cöthen. In der letzten Versammlung des Demokratischen Klubs berichtete Herr Thom über die Referate von Dr. Hummel und Dr. Bohner, die beide Herren am 10. Oktober in Magdeburg gehalten haben. Die Ausführungen fanden große Aufmerksamkeit und schloß sich an diese eine längere Besprechung an.

Halberstadt. Bauernbündler! Deutsche Bauernzeitung, Berlin N. 24, Monbijouplatz 3. Bezugspreis monatlich 50 ₰. Bestellungen nehmen die Postanstalten entgegen.

Egeln. Der Konflikt mit dem Bürgermeister ist noch nicht beigelegt. In der letzten Stadtverordnetenversammlung fehlte der Bürgermeister. Anwesend waren 5 Magistratsmitglieder und 15 Stadtverordnete. Der Bürgermeister hat sein Amtszimmer renovieren lassen, ohne einen Beschluß des Magistrats noch der Stadtverordneten herbeizuführen. Da die Etatsmittel vollständig erschöpft sind und der Bürgermeister nach Ansicht der Stadtverordnetenversammlung eigenmächtig gehandelt hat, wurde beschlossen, die Zahlung dieser Kosten zu verweigern. Der Bürgermeister hat seinerzeit die Anmeldung zu Hypothekenaufwertungen auf Siedlungshäuser versäumt. Der Magistrat machte seinen Dirigenten regreßpflichtig und dieser hat auch sein Verschulden anerkannt. Es ist beschlossen, Klage zu erheben auf Zahlung oder Sicherstellung der Forderung, die etwa 1320 ℳ beträgt. Die meisten Punkte der übrigen Tagesordnung wurden antragsgemäß erledigt.

Das führende Spezialhaus für Webereiwaren!

Die Qualitäts-Marke!

Unsere Preise sind billig!

Siegfried Cohn

Webereiwaren * Breiteweg 57/60

Hohenzollern-Park.

Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 3½ Uhr

Kaffee-Konzert

mit

Kleinkunst-Bühne.

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär"

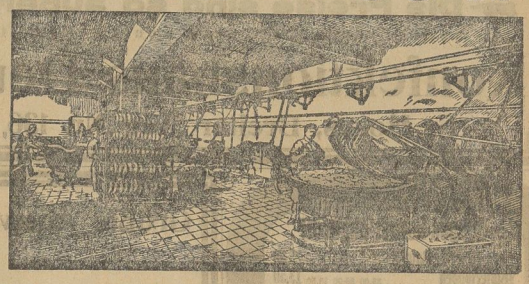
Bes. Ad. Thürnagel.

Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren

B. Wolff's Gelegenheitskäufe

Schwertfegerstraße 14/15.

Konsum-Verein für Magdeburg u. Umgeg. E. G. m. b. H.



Prima Rinder-Gefrierfleisch

Rouladen	Pfd. 100 Pfg.	Roastbeef	Pfd. 80 Pfg.
Filet	Pfd. 100 Pfg.	Hohe Rippe	Pfd. 75 Pfg.
Schmorfleisch	Pfd. 90 Pfg.	Kochfleisch	Pfd. 66 Pfg.

Frisches Schweinefleisch

in allen Lagern.

Prima Hammelgefrierfleisch

beste Qualität.

Fleisch- und Wurstwaren

in bester Qualität.

Zu ganz besonders billigen Preisen empfehlenswert:

Speck fetter, geräuchert . das Pfund 130 Pfg.

Erhältlich in allen Lagern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19261023-19/fragment/page=0003

Streiflichter aus dem Stadtparlament.

Der Kampf gegen die wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten der Gewerbesteuer. — Der Magistrat sichert weitgehendes Entgegenkommen zu.

Magdeburg, 22. Oktober.

Die Neuveranlagung zur Gewerbesteuer für das Jahr 1926 hat sich für Handel und Gewerbe fast zu einer Katastrophe gestaltet. Zurückzuführen ist diese Entwickelung in erster Linie auf die Hinzurechnung der Schulzinsen sowie der Miet- und Pachtzinsen zum gewerbesteuerpflichtigen Ertrage. Hier ist die Ursache der Ueberbesteuerung zu erblicken, unter der Handel und Gewerbe zusammen zu brechen drohen. Selbst die Gemeindeverwaltungen werden bei der Aufstellung ihres Etats sich kaum eine richtige Vorstellung davon gemacht haben, welche Erhöhung des Gewerbesteuerertrages sich aus der Hinzurechnung der Schuld-, Pacht- und Mietzinsen ergibt. Die Einbeziehung der Schuld-, Pacht- und Mietzinsen steigert bei den meisten Firmen den eigentlichen Gewerbesteuerertrag ganz bedeutend, in manchen Fällen auf ein Vielfaches. Auf diese Weise kommen selbst mit Verlust arbeitende Unternehmungen zu einem fiktiven Gewerbeertrag, dessen Besteuerung sich als reine Substanzwegnahme auswirkt. Es bedarf wohl keiner eingehenden Begründung, daß es volkswirtschaftlich und auch finanzpolitisch durchaus verfehlt ist, schwächere Betriebe, die auf Mieträume angewiesen sind, schärfer zu erfassen, als Betriebe, die in eigenen Räumen wirtschaften. Die Folgen einer solchen Ueberbesteuerung müssen sich in Preiserhöhungen auswirken, da die Betriebe natürlich gezwungen sind, die erhöhten Steuern in die Preise einzukalkulieren. Preiserhöhungen aber wirken sich erfahrungsgemäß in einer Verringerung des Absatzes aus, was wiederum Betriebseinschränkungen und Entlassungen von Arbeitnehmern mit all ihren unerfreulichen Nebenerscheinungen zur Folge hat. Die demokratischen Vertreter im Parlament haben rechtzeitig wiederholt die Staatsregierung auf die unausbleiblichen Folgen einer solchen Ueberbesteuerung aufmerksam gemacht und zweckentsprechende Reformvorschläge eingebracht, durch die verhindert werden sollte, daß die Gewerbesteuereingänge höher werden könnten als der nach dem Haushaltsplan durch die Gewerbesteuer zu deckende Steuerbedarf. Leider hat die Staatsregierung es verabsäumt, sich die Verbesserungsvorschläge zu eigen zu machen, und hat dadurch ein schweres Unrecht gegenüber Handel und Gewerbe zugelassen.

Die demokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung unternahm es daher, als die ersten Veranlagungsbescheide den Steuerpflichtigen zugegangen waren und es sich herausstellte, in welchem riesigen Umfange Handel und Gewerbe durch die Neuveranlagung belastet worden war, einen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung einzubringen, in dem folgende Forderungen aufgestellt wurden:

1. **Niederschlagung derjenigen Steuerbeträge, und zwar pro rata, die in der Gesamtheit das Aufkommen gegenüber dem Voranschlag überschreiten.**
2. **Niederschlagung derjenigen Steuerbeträge, die als Schuldzinsen, Mieten und Pachtungsgelder veranlagt worden sind, und zwar auf Antrag des veranlagten Steuerzahlers.**
3. **Weitgehendste Anwendung des Härteparagraphen betr. Niederschlagung oder Ermäßigung der Steuersumme unter Berücksichtigung der jeweiligen wirtschaftlichen Lage, und zwar nur auf Antrag des veranlagten Steuerzahlers.**
4. **Weitgehendste Zahlungsstundung unter mildestem Bedingungen auf jeweiligen Antrag des Steuerzahlers.**
5. **Niederschlagung derjenigen Steuerbeträge der Grundvermögenssteuer, und zwar pro rata, die in der Gesamtheit das Aufkommen gegenüber dem Voranschlag überschreiten.**

Die Rechtsparteiler hatten, dem Beispiel der Demokraten folgend, einen ähnlichen Milderungsantrag eingebracht, in dem sie das Schwergewicht auf die Ermäßigung der **Lohnsummensteuer** legten. Einer Anregung aus den Kreisen der Rechtsparteiler folgend hatten sich die Demokraten damit einverstanden erklärt, daß die Anträge der beiden Fraktionen in die Formel eines **Kompromisantrages** gebracht werden, der folgenden Wortlaut hatte:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Diejenigen Steuerbeträge aus der Gewerbesteuer für 1926, die das Aufkommen gegenüber dem Voranschlag überschreiten, werden im Verhältnitnis der Einzelveranlagung zum Gesamtaufkommen in Höhe einer Vierteljahresrate der veranlagten Steuer nicht erhoben und niedergeschlagen.

An Stelle des erkrankten Vorsitzenden der demokratischen Fraktion, Stadtv. Schüler, legte in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag der Stadtv. Dürre den Standpunkt der Demokraten dar. Er wies daraufhin, daß

durch die heutige Art der Veranlagung der Gewerbesteuer langsam aber sicher die Substanz der Steuerzahler aufgezehrt werde, die sie zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe bedürfen.

Ganz besonders die Sozialdemokraten, die bekanntlich die Gewerbesteuer nicht hoch genug geschraubt wissen wollen, machte er darauf aufmerksam, daß gerade sie bei der Einkommensteuer ein recht ansehnliches Existenzminimum von der Besteuerung befreit haben wollen. Konsequenter Weise müßten sie ein gleiches doch auch den Gewerbetreibenden bei der Gewerbesteuer zubilligen. Hier wird aber gerade ein umgekehrtes Verfahren eingeschlagen, da man Handel und Gewerbe zumutet, auch von den Schulden und ähnlichen Verpflichtungen Steuern zu entrichten. Der Widersinn einer solchen Besteuerung liegt auf der Hand. Mit dem Härteparagraphen, den der Magistrat immer wieder anführt, ist dem Gewerbe nicht geholfen. Er stellt ein Almosen dar, das man den Steuerpflichtigen zuwirft. In der Praxis wird es zudem dem Steuerpflichtigen fast unmöglich gemacht, den Härteparagraphen für sich in Anspruch zu nehmen. Sie können mit **vollem Recht fordern, daß** sie gegen eine ungerechte Belastung geschützt werden. Dem Magistrat soll an Gewerbesteuer das zugebilligt werden, was er bei der Etatsberatung als notwendig bezeichnet hat. Nach den Angaben des Magistrats wird das tatsächliche Aufkommen an Gewerbesteuer den Voranschlag um nicht weniger als 1,6 Millionen Mark übersteigen. Es bestehen also keinerlei Bedenken, den von den beiden bürgerlichen Fraktionen erhoben Forderungen nachzukommen.

Nachdem Stadtv. Hennige sich redliche Mühe gegeben hatte, den bei den Etatberatungen von den Rechtsparteilern gemachten Fehler wieder gut zu machen, da sie die damaligen Forderungen des Magistrats glatt bewilligten, obwohl damals Stadtv. Schüler sehr annehmbare Vorschläge gemacht hatte, wie die Steuerlast für das Gewerbe gemildert werden könnte, legte Oberbürgermeister Beims in einer längeren Rede den Standpunkt des Magistrats dar, der zu **einer Ablehnung der Forderungen der beiden bürgerlichen Gruppen der Stadtverordnetenversammlung gekommen war.** Der Magistrat erklärte seine Bereitwilligkeit die durch das Gesetz und die Steuerveranlagung verursachten Härten in der Gewerbesteuer **aus Gründen wirtschaftlicher Gerechtigkeit** zu mildern, aber **nur nach Prüfung des Einzelfalles. Der Oberbürgermeister** stellte sich auf den Standpunkt, daß eine generelle Ermäßigung der veranlagten Gewerbesteuer vorhandene Ungerechtigkeiten nicht beseitigen, sondern neue Ungerechtigkeiten zu den alten hinzufügen würde. Der Magistrat ist aber gern bereit, mit der Stadtverordnetenversammlung neue Wege zu suchen, um steuerliche Ungerechtigkeiten nach Möglichkeit zu mildern. Aus finanziellen und tatsächlichen Erwägungen heraus sei aber die beantragte Ermäßigung nicht möglich, und zwar besonders deswegen nicht, weil die jetzige Haushaltsrechnung bereits einen Fehlbetrag von einigen hunderttausend Mark aufweist. Der Fehlbetrag müßte sich bei Erfüllung der Forderungen der beiden bürgerlichen Gruppen noch um eine Reihe weiterer hunderttausend Mark erhöhen. Der Redner übte in seinen weiteren Ausführungen bittere Kritik an der Vielregiererei der Reichs- und Staatsregierung, die das wünschenswerte Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten der Gemeinden vermissen lassen.

Daß die Sozialdemokraten die geforderte Ermäßigung der Gewerbesteuer auf das schärfste bekämpften, ist bei ihrer feindlichen Einstellung gegenüber dem freien Gewerbe nicht weiter verwunderlich. Auch die Kommunisten lehnten eine Ermäßigung ab, obwohl sie sich als Gegner der Gewerbesteuer bekannten. Den unklaren Gedankengängen der Kommunisten Logik zu folgen, ist eben nicht leicht.

Nachdem die Fraktion der Rechtsparteiler die Erklärung abgegeben hatte, daß sie bereit ist, der durch die Ausführungen des Oberbürgermeisters gekennzeichneten Lage der Stadtverwaltung Rechnung zu tragen und der **Magistrat** in Beantwortung einer Reihe Fragen zugesichert hatte, daß er zur Beseitigung der durch die Veranlagung entstandenen Härten über den früher schon genannten Betrag von 350 000 Mark hinaus weitere Summen zur Verfügung stellen wird, ferner daß bei Stundungs- und Erlassungsanträgen die am 15. November fällige Steuer in dem jeweils genannten Umfange zinslos gestundet werden sollen und daß ein besonderer Magistratsausschuß genaue Richtlinien für Stundungs- und Erlassungsanträge festlegen wird, hielt es die demokratische Fraktion für angebracht, ihre Anträge ebenso zurückzuziehen, wie es die Fraktion der Rechten getan hatte. Selbstverständlich werden die Demokraten nichts untersucht lassen, um im Landtage durch gesetzgeberische Maßnahmen eine Reform der Gewerbesteuer durchzudrücken, durch die die im Eingange unserer Ausführungen näher gekennzeichneten wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten in der Gewerbesteuer ausgemerzt werden.

Total-Ausverkauf wegen Geschäfts-Aufgabe

Mein seit 32 Jahren bestehendes **Herren-Garderoben-Geschäft** muß so schnell wie möglich **ausverkauft werden,** da die Räume bereits anderweitig vermietet sind. Es kommen **nur meine bekannt guten und reellen Qualitäten** zum Verkauf.

Die Preise sind so außergewöhnlich billig gestellt,

daß sich für jedermann, selbst für den wenig Bemittelten, eine selten günstige Kaufgelegenheit bietet.

Konfektionshaus Deutsche Herren-Moden

S. Moses, Breiter Weg Nr. 136, gegenüber dem Ratswagenplatz

Billiges Herbst-Angebot!

Herr.-Ulster u. Paletots	58.00 44.00 37.00	25.00
Winterjoppen	33.00 26.00 18.50	13.50
Herren-Anzüge	65.00 45.00 36.50	22.00
Gummi-Mäntel	31.00 26.00 22.00	14.00
Hosen (Breeches u. gestreift)	14.50 11.50 7.50	3.95

Kinder-Ulster, Kind.-Anzüge, Kind.-Sweater, Jagdwesten, Arbeitshosen, Berufskleidung in großer Auswahl zu äußerst billigen Preisen.

STOFF-LAGER

J. Sorger, Magdeburg

Jakobstr. 3. Jakobstr. 3.

Fachmännische Ausbildung von

Kraftwagenführern

in der staatl. konz. Privat-

Auto-Schule BUSCH,

Prälatenstraße 32. — Fernruf 1122.

Prosp. frei. Erleicht. Zahlungsbed. Eintr. täglich.

Büroräume gesucht

möglichst Zentrum und gute Verkehrslage.

Benötigt werden zwei kleinere Büroräume und ein größerer Raum, der für kleinere Sitzungen und Besprechungen geeignet ist. Zentralheizung erwünscht. Auch Räume, die von einer großen Wohnung abgetrennt werden können, kommen in Frage.

Umgehende Offerte unter **Nr. 220 an die Expedition des Blattes.**

Größte Auswahl moderner und preiswerter

PELZE

Pelzjacken . . .	von Mk.	90.-	150.-	300.- an
Pelzmäntel . .	von Mk.	175.-	290.-	425.- an
Pelzstolen u. Füchse	von Mk.	22.-	55.-	90.- an

Umarbeitungen nach allen Modellen

Reparaturen und Neubeziehen von Pelzen bitte **jetzt** aufzugeben

Ferdinand Engel

Fernruf Nr. 1920 **Pelzwarenfabrik** Breiter Weg 9, gegenüber der Leiterstr.

Fahr- und Motorräder

fabrikneu auf Teilzahlung ohne Preisaufschlag v. monatl. **fünf Mark** an. Staunend bill. Preise. Verl. Sie Katal. H. R. Bergmann, Vertriebszentr. Breslau 123/16

Inserieren bringt Erfolg

Salzquelle

Jeden Sonntag:

Konzert

Anschließend

Tanzkränzchen.

Tüchtiger Anzeigen-Acquisiteur

gegen hohe Provision gesucht.

Offerte unter **L. M.** an die Expedition unseres Blattes, Magdeburg, Breiteweg 139/140.

Flaschen-**Biere** Syphons

„Frisch vom Faß"

wie

hiesige und bayrische Biere,

hell u. dkl., **Köstritzer Schwarzbier**

Mineralwasser

stadtbekannt u. in **Güte unübertroffen** liefere pünktlich in **jeder Menge** durch meine Fahrzeuge.

Biervertrieb H. Dengel

Ruf 7722 Peter-Paulstr. 3 Ruf 7722

Weihnachtsmöbel u. Kleinmöbel jed. Art, auch in Metall u. Rtzg. lief. bill.

Arch. **A. Ringshausen**, Gesch. Lüneburgerstr. 25b. 2 Min. v. Bahnh. Neust.

Parkrestaurant Vogelgesang

berühmt durch seinen uralten Baumbestand und durch seine wundervollen Rosen- und Dahlien-Anlagen, die bedeutendsten der Provinz.

Sonntags:

Gesellschafts-Ball.

Haben Sie

sich schon dem

Konsumverein Magdeburg

angeschlossen?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19261023-19/fragment/page=0004

Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 43 — Halle (S.), den 23. Oktober 1926 — 2. Jahrgang

Die Magdeburger Justizvorgänge im Landtag.

Rede des Abgeordneten Dr. Bohner.

In der Sitzung des preußischen Landtages vom 14. Oktober führte der demokratische Abgeordnete Dr. Bohner u. a. aus:

Die Rede des Abg. Koerner hat bewiesen, daß die Debatte hier im Landtag in manchem ähnlich abschließt, wie die Magdeburger Gerichtsverhandlung selbst. Die Wahrheit über den Mord ist herausgekommen. Auch die Unschuld der zu Unrecht Beschuldigten ist für alle Leute, die sehen können, klar. Trotzdem bleibt aber der Sache ein Geheimnis. Wer Schröder die Bausteine durch Mißgeschick — nehme ich an — durch Ungeschick zugespielt hat, aus denen der ganze **Lügenbau** aufgebaut wurde, Bausteine — und ich möchte Kuttner folgen —, die vorher schon zusammengetragen waren, das ist nach wie vor dunkel. Es ist allmählich jene Nacht eingetreten, in der — mit Erlaubnis von Herrn Dr. Kaehler — Schimmel und Rappen genau die gleiche Farbe tragen, und in der Herr Dr. Koerner mit ein paar Nachtlichtern aus Rottmersleben herumläuft. (Heiterkeit.)

Ich finde, daß auch die Erklärungen des Ministeriums für mich diese Nacht nicht ganz aufgehellt haben. Ich nehme den Fall **Ohle** heraus. Wir haben zweimal vom Ministerium erklärt bekommen, daß der Fall Ohle nicht das geringste mit einem **Taschenbuch** des Herrn Haas zu tun hat. Mir bleibt nach wie vor unerklärlich, warum dann die Ziffern, die in Verbindung mit dem Falle Ohle genannt wurden, ausgerechnet Telephonnummern Breslauer Firmen entsprechen sollen, mit denen Herr Haas in Verbindung stand. (Widerspruch vom Regierungstisch.) — Sie sind unwidersprochen durch die Presse gegangen. Ich wäre aber dann dem Staatsministerium dankbar, darüber belehrt zu werden, daß diese Ziffern nicht existieren. Ich wäre überhaupt dankbar für möglichste Aufhellung auch solcher Kleinigkeiten; denn die Rede des Herrn Abg. Körner beweist doch, wie es in der Bevölkerung aussieht. Es ist bestimmt ein Verdienst des Landgerichtsdirektors Löwenthal, **daß er den Prozeß straff zusammenhielt und es durchweg abschnitt**, wenn versucht wurde, Ergebnisse kommender Untersuchungen vorwegzunehmen. Keiner von uns wird den Disziplinarrichter beneiden, der sich durch all diesen Schmutz und Schund hindurcharbeiten muß. Es könnte sein, daß der Disziplinarrichter dabei Ueberraschungen erlebt. Der Herr Oberstaatsanwalt Dr. Raßmus hat, als er in dem Prozeß auf die Hilde Götze zu sprechen kam, die er **nicht** gefunden hat, sehr pathetisch ausgerufen: „Cherchez la femme!“ Es könnte sein, daß der Disziplinarrichter nicht la femme findet, sondern les femmes, zu denen aufstarrend, ungeschickte Leute gestolpert sind; und es könnte sein, daß dann den Disziplinarrichter tiefe Scham befiele, wie man mit dem Ansehen eines Standes und Landes in dieser Sache gespielt hat. Es war auch ein Fehler der Debatte, daß sie diesen Fall nur juristisch nahm; er ist in vielem ein Kulturphänomen. Ich greife nur eines heraus. In welcher Enge müssen unsere früher so oft überwerteten, heute ganz bestimmt unterwerteten Akademiker leben; wenn ein Untersuchungsrichter glaubt, daß ein Fabrikant, der doch immerhin Herrn **Johannsen bei seinem Austritt aus der Firma mit 20 000 M abgefunden hat**, den Mitwisser oder den Täter eines Mordes mit Scheckformularen belohnt, auf denen die Unterschrift erst noch gefälscht werden muß, und daß dann sogar noch ein Oberjustizrat hier dieselbe Geschichte zu glauben scheint. (Sehr gut! und Heiterkeit in der Mitte und links.) Das ist ein Beweis, wie es in den Köpfen mancher Akademiker aussieht. Da wäre doch die Fahrkarte nach Amerika sehr viel bequemer gewesen.

Selbstverständlich gestehe ich dem **Untersuchungsrichter sein Recht auf Böcke zu.** Es war ja z. B. auch Kriminalkommissar Busdorf gelegentlich auf falscher, wenn vielleicht auch guter Fährte, als er den Große verhaftete. Da hat Herr Kölling einem Unschuldigen sofort zur Freiheit verholfen; leider nur dieses eine Mal. Aber selbst, wenn man Nachsicht für alle Böcke hat, so liegt für mich — das hat auch schon der Vorredner aus unserer Fraktion hier zum Ausdruck gebracht — alles in allem die Magdeburger Sache so, daß die harte Verurteilung durch den Fraktionsordner des Zentrums, unserem Kollegen Herrn Schmidt, gerechtfertigt erscheint.

Nun aber habe ich noch eine ganz andere Frage. Es ist bestimmt nicht Sache des Laien, sie zu lösen, deshalb beschränke ich mich dabei. Aber, meine Damen und Herren, vor der Welt hat sich doch die Verwirrung mancher Beteiligten als ein Gegensatz zwischen Justiz und Verwaltung dargestellt; scheinbarer Gegensatz — denn sie dienen beide denselben Zwecken. Nun habe ich als Laie nicht auf die schwierige Frage einzugehen, wieweit das Recht des Staatsanwalts und des Untersuchungsrichters auf der einen Seite, der Kriminalpolizei auf der andern Seite gehen soll. Ich meine allerdings, für den gesunden Menschenverstand sind schon genügend Gründe vorhanden, warum das absolute Wahlrecht, das Herr Kölling für sich in Anspruch nahm, bestimmt nicht möglich ist. Doch, das allen Juristen und Kriminalpolizei untereinander ausmachen. Auch mag es sonderbar scheinen, wenn man die Stelle, die nach ihrer ganzen Bestimmung Weisungen des Staates zugänglich sein muß und die also in einem gewissen Sinne politisch ist, für Freihaltung der Justiz von politischem Vorurteil in Anspruch nimmt. Aber man muß das tun. Ich möchte fragen: **hätten die Magdeburger Vorgänge eine solche Ausdehnung annehmen können, wenn die Staatsanwaltschaft, die doch schließlich auch die Zeitungen liest, sich rechtzeitig hätte unterrichten lassen oder angewiesen worden wäre und dann zur Zeit die notwendigen Anträge gestellt hätte? Mir ist wenigstens diese Haltung der Staatsanwaltschaft nicht erklärlich.** Noch sonderbarer kommt es mir vor, wenn die Staatsanwalt Magdeburg nachdem, was ich gehört habe, jetzt durch das ganze Land Zeitungen verklagt. Wer im Glashause sitzt, sollte nicht erst noch mit Steinen werfen. (Sehr richtig!)

Dann muß ich allerdings noch eins anfügen. Die Wirtschaft erwartet vollkommene Leistungen nur bei vollkommenen Betriebsmitteln. Die Art und Weise, wie man in unserm Magdeburger Justizpalast Spaziergänge machen muß, um telephonieren zu können, wie man sich da um die Schreibmaschine balgen muß, erschwert ein Zusammenwirken außerordentlich, und ich meine, die Wirtschaft müßte sich angewöhnen, dem Staat in seinen Betrieben die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, anstatt über seinen teuren Apparat zu klagen.

Nun schalte ich hier etwas Persönliches ein. Ich bedauere sehr, daß in der Presse gestanden hat, mein **zweiter** Brief an den Herrn Justizminister habe irgendwie die Entscheidung des Disziplinarsenats beim Oberlandesgericht in Naumburg bei der Suspension des Herrn Hoffmann beeinflußt. Es ist klar, daß wir alle von der Würde und der Unabhängigkeit hoher Richter viel zu hoch denken, als daß wir solche Dinge glauben möchten. Also die Sache lag doch etwas anders. Ich konnte als Laie nicht wissen, ob die Vergehen des Herrn Hoffmann ausreichen würden, ihn zu suspendieren. Aber die politische Erregung in meinem Wahlbezirk konnte ich beurteilen, und die war so groß, daß es dringend notwendig erschien, daß Herr Hoffmann nicht mehr mit dieser Sache befaßt würde. Das war auch meine Ueberzeugung, und ich hatte daher nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, das dem Herrn Justizminister mitzuteilen, nachdem es einmal meine Ueberzeugung geworden war, und es war nicht nur meine. Und dann vor allen Dingen: Wenn der Herr Justizminister vielleicht seinerseits zur Beurlaubung des Herrn Hoffmann geschritten wäre, dann hätte ich auf die „Deutsche Zeitung“ abonniert, um zu sehen, was diese nun schreiben würde. Wir haben ja die beweglichen Klagen des Herrn Kollegen Dr. Koerner um Hilde Götze gehört. Da kam mir wieder in Erinnerung, was in der „Deutschen Zeitung“ gestanden hat:

> **Unschuldige Dienstmädchen bedränge man, und die reichen Leute, den Haas, setze man in Freiheit; wenn die Hauptverhandlung komme, dann werde Herr Haas mit seinem Gelde im Auslande sein.**

So ungefähr hat ein allerdings nicht mehr aktiver hochgestellter Richter in der „Deutschen Zeitung“ geschrieben. (Hört, hört! bei den Demokraten.) Mir liegt hier das Mitteilungsblatt der Deutschnationalen Volkspartei, Kreisverein Magdeburg, vor, die **„Elbwacht“**. Ich weiß nicht, wie die Beziehungen der Deutschnationalen Volkspartei, Kreisverein Magdeburg, zur „Elbwacht“ sind, es könnte ja sein, daß sie über Herrn Meyer (Magdeburg) laufen. Diese Nummer ist vom **10. Oktober.** Am 9. Oktober lagen hier bereits die Erklärungen des Ministeriums vor. Am 10. Oktober schreibt dieses Mitteilungsblatt:

> Also, weil der geschwätzige Volksmund irgend etwas „erzählt“, was ein zum Tode verurteilter Raubmörder neuerdings über angebliche Beziehungen des jüdischen Millionärs Haas zu Hilde Götze behauptet, darum soll der Landgerichtsdirektor Hoffmann, der unter Umständen für ein Meineidsverfahren gegen Haas in Frage kommen könnte, außer Funktion gesetzt werden

So äußert sich das Mitteilungsblatt des Kreisvereins Magdeburg der Deutschnationalen Volkspartei am 10. Oktober, nachdem wir am 9. Oktober hier debattiert haben. Dann frage ich das Ministerium: **Ist man in Magdeburg tatsächlich irgendwo so irrsinnig gewesen, daß man das Meineidsverfahren gegen Haas eröffnen wollte nach all den feierlichen Erklärungen und vor allem auch, nachdem das Ministerium hier selbst seine Erklärungen abgegeben hatte?** Es kann sein, daß Herr Landgerichtsdirektor Hoffmann formal durchaus im Recht war, wenn er sich in seiner Stellung als jetziger Vorsitzender der Strafkammer und der Spruch- oder Beschwerdekammer mit dem Falle Schröder befaßte. Die Emminger'sche Justizreform, die ja der Staatsanwaltschaft mehr Freiheit und Verantwortung gegeben hat, hat ja auch in manchem eigentümliche Zustände geschaffen, indem z. B. — wie auch im Magdeburger Fall — Richter schon einen gewissen Vorbescheid fällen müssen und darum auch Einblick in die Akten haben, während sie ihn früher doch erst in der Gerichtsverhandlung selbst bekamen. Es kann also sein, daß Herr Landgerichtsdirektor Hoffmann formal im Recht war. Wenn aber die formale Deckung des Richters mit dem psychologischen Empfinden des Volkes in Widerspruch steht und sich dann der Richter nur hinter diese formale Deckung verkriecht, dann kann das für mich als Laien nur eine **Berufskrankheit** sein, die sonst tüchtige Männer befallen hat. Es könnte auch sein, daß der Landgerichtsdirektor oder sein fürstlicher Vertreter durchaus im Recht gewesen wären, wenn sie den Fall Schröder vielleicht erst im November zur Verhandlung angesetzt hätten. Dann hätten wir aber wieder diesen Widerspruch zwischen formaler Deckung und dem Empfinden der Massen. Ich bin überzeugt, daß gerade auch in Magdeburg manche Richter, die ich nicht alle so einzuschätzen bitte, wie es in diesem Falle manchmal in der Presse üblich war, für mich ist es empörend, wenn es einfach heißt: Magdeburger Richter, es handelt sich doch nur um einzelne Richter — mit Ungeduld gewartet haben, daß der Termin angesetzt würde. Ich danke dem Herrn Justizminister ausdrücklich dafür, daß auch er alles getan hat, um den Prozeß **rasch** durchzuführen; denn ohne diese rasche Durchführung wären wir langsam — das beweisen die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Koerner — in eine Affäre Dreyfus hineingeschlittert.

Jetzt habe ich aber eine sehr ernste Frage an das Ministerium zu stellen. Ich möchte fragen — und ich möchte bitten, dem sehr sorgfältig nachzugehen — **ob sich in Magdeburg Anzeichen passiver Resistenz bis 5 Tage vor der Verhandlung bemerkbar gemacht haben.** (Hört, hört! bei den Demokraten.) Ich bin bereit, auch dazu meine Mitteilungen der Behörde gelegentlich zur Verfügung zu stellen. Dann möchte ich bitten, auch noch etwas anderes festzustellen. Vielleicht hat das Ministerium schon Feststellungen getroffen. Ich habe seinerzeit in der Presse gelesen, **daß Herr Landgerichtsdirektor Hoffmann beim Rothardtprozeß mit dem einen Verteidiger schon vor der Verhandlung und dann während des Prozesses dauernd mit beiden Verteidigern in Fühlung stand und sie instruierte.** Das ist durch die Presse gegangen. (Hört, hört! links.) So wäre nämlich Landgerichtsdirektor Hoffmann zuletzt jenes **Schandurteil** zu danken, und ich würde dankbar sein, wenn man nun auch das dabei klärte.

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin dem Untersuchungsrichter sein Recht auf seine Böcke zugestanden. Oder wie kann Herr Kölling, wie kann Herr Hoffmann annehmen, daß ein ganzer Staat, anders kann ich es nicht formulieren, **der Polizeipräsident, der Oberpräsident, das Landeskriminalamt und der Minister des Innern,** alle zusammen bewußt einen gemeinen Mörder schützen wollen! Das ist nur möglich, wenn sich in solchem Kopf auf Grund solcher famosen Blätter wie der **„Elbwacht“** die Vorstellung festgesetzt hat, dieser heutige Staat sei **unmoralisch,** sei gewissermaßen nicht vorhanden u. man selber schütze den Staat, der im Kyffhäuser schlummre. Das geht eine Zeit lang ganz gut und eine Zeit lang kann man auch als Partei groß werden, wenn man in seiner Presse solche Dinge predigt. Aber eines Tages kommt es zu solcher Katastrophe wie in Magdeburg.

Meine Damen und Herren, ich meine — achten Sie darauf — es ist nicht bloß etwas Juristisches —: Die Studentenromantik, für die ja das deutsche Publikum eine so ganz merkwürdige Vorliebe sich bewahrt hat — es hat sein Herz in Heidelberg verloren — (Heiterkeit) diese Studentenromantik hat eine blutige Abfuhr im Prozeß Schröder erlitten.

Dann, meine Damen und Herren, wir haben es erlebt, und wir waren es als Republikaner gewöhnt, daß der politische Mord sich in die Fahne schwarz-weiß-rot hüllte und auf den **Gräbern der Rathenau-Mörder haben Kränze mit schwarz-weiß-roten Schleifen gelegen** (Sehr richtig! links).

Meine Damen und Herren, jetzt ist eine so heilige Fahne, die auf den Gräbern unserer gefallenen Brüder lag, soweit gesunken, daß der gemeine Raubmord sich in diese Fahne einwickeln wollte, (sehr richtig! bei den D. Dem.) und ich glaube, es ist nun Zeit für ernsthafte Politiker, sich zu überlegen, ob sie diese Fahne jemals noch der deutschen Republik aufnötigen können (Zuruf bei der D. V.-P.: Ganz gewiß!). Herr Beuermann, als ich vor ungefähr einem halben Jahre in Ihrem Wahlkreise gesagt habe, es würden sich bald Männer wie Kahl öffentlich für die Republik einsetzen haben mich Ihre Leute in Hameln ausgelacht. Das begreife ich heute (Heiterkeit).

Als Magdeburger habe ich eines zu bedauern: Alle diese Dinge sind doch eigentlich überholtes Spiel nach den Reden Stresemanns vor den Berliner Studenten, nach den Worten unseres Herrn Reichskanzlers vor den Beamten.

(Abg. Voß: Der Verein Deutscher Studenten hat gegen diese Rede protestiert! — Zurufe und Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren, nach den Erklärungen der Volkspartei in Köln kann kein Zweifel sein, wo der lebendige deutsche Staat heute ist, und es ist einem als Bürger einer großen, stolzen, alten und fleißigen Stadt ein Schmerz, daß ausgerechnet diese Stadt mit einer solchen Dummheit, mit einer solchen Kulturlosigkeit durch die Welt laufen soll.

Die Bezugsgebühren sind fällig!

Unsere auswärtigen Bezieher, soweit diese mit der Zahlung der Bezugsgebühren im Rückstande sind, bitten wir um Einzahlung der Beträge. Wir empfehlen, die Gebühren für mehrere Quartale im voraus zu entrichten. Unsere Arbeit wird erleichtert und nicht unerhebliche Unkosten werden gespart, wenn die Leser unserer Aufforderung prompt entsprechen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19261023-19/fragment/page=0005

Da komme ich nun auf das andere! **Ich habe es** ganz außerordentlich bedauert, daß ein Abgeordneter dieses Hauses und ein Vertreter meines Standes sich die Vertrauenskrise, die auch die höhere Schule in unserem Volke durchmacht, so wenig vergegenwärtigt hat, daß er jene **Anzeige gegen Herrn Severing** erstattet hat, und ich habe noch mehr bedauert, daß der**Philologenverband die Gelegenheit, seinen Frieden mit der Republik zu schließen, genau wie der Richterverein es getan hat, verbummelt hat** (Hört, hört! links).

Allerdings, als ich bei den Verhandlungen mit dem Philologenverbande mancherlei vortrug, wie Direktoren höherer Schulen Schulmittel ausnutzen, um gegen die Republik zu arbeiten, hat der Vertreter des Philologenverbandes gelächelt und gesagt: er wundere sich auch, aber das vollziehe sich ja unter den Augen der Behörden und des Parlaments. Ich glaube, wir haben alle Veranlassung, uns damit zu befassen (Sehr richtig!).

Und nun Hörsing! Das, was der Herr Staatssekretär über die Unterredung von Herrn Hörsing mit Herrn Kölling gesagt hat: gut! Aber was anderes! Fünfmal hatte der Kriminalkommissar Busdorf — oder dreimal, da kann ich mich irren, mir ist in den letzten Tagen gesagt worden, sogar fünfmal, ich wußte es nur von drei Fällen — fünfmal hatte Kriminalkommissar Busdorf mit dem Landgericht Magdeburg zusammengearbeitet. Ich nehme an, daß dabei der formale Weg so gut eingefahren war, daß es auch beim sechsten Male glatt gegangen wäre, wenn nicht der **eigensinnige Herr Kölling und seine Majestät Herr Hoffmann** (Heiterkeit), im Wege gestanden hätten.

Meine Damen und Herren, wer hat denn die politische Bombe geworfen? Ich glaube, das läßt sich aus der Presse jener Tage, auch aus der Lokalpresse jener Tage, unschwer feststellen. Der Oberpräsident Hörsing hat sich meines Wissens vor der Oeffentlichkeit erst nach der Erledigung der ganzen Geschichte, erst am 13. August, geäußert in diesem Artikel, den ich hier weder kritisieren noch loben muß. Aber die Kritiker möchten bedenken, welche **Angriffe man gegen Herrn Hörsing** gerichtet hat (Sehr richtig). Ich finde es unerhört, daß heute nochmal gesagt worden ist, Herr Hörsing, den man in Magdeburg genau kennt, habe so gehandelt, weil es sich vielleicht um einen Sozialdemokraten oder Reichsbannermann gehandelt hat. Bedenken Sie mal, wie zum Beispiel bei der Hochwasserkatastrophe Herr Hörsing sich auch für die Deutschnationalen eingesetzt hat. Herr Hörsing war aufs schwerste beleidigt. Wenn Sie sagen: Die Stellung des Oberpräsidenten! Meine Damen und Herren! Die aus dem Arbeiterstande Herausgekommenen, die viel schwerer als andere Leute herausgekommenen Führer unseres Volkes können uns aus der Tiefe eines zum Heile des ganzen Volkes mitbringen: das ist das unverdorbene frische Empfinden des Volkes. Eine kluge, vielleicht auch unbekannte Frau, Trude Bernreitt, hat in einem Buche gesagt:

> Es liegt eine gewisse Tragik darin, daß die Sprecher der Masse, so bald sie zu sprechen anfangen, bereits einzelne Gehobene und nicht mehr Sprecher der Masse sind.

Herr Hörsing war diesmal in seinem Handeln und auch in seinem Sprechen Sprecher der Masse. Ich bin fest überzeugt, daß Herr Hörsing auch, als er diesen Artikel schrieb, genau gewußt hat, daß es auch noch Richter in Magdeburg gibt. Aber er hat als Sprecher der Masse gesprochen. Sicher korrekter und darum für seine Kollegen eindrucksvoller hat unser Kollege Schmidt hier gesprochen. Aber, meine Damen und Herren, das Land wird gut tun, wenn es auf beide hört. Wohin wir in Deutschland treiben, wenn wir so fortfahren wie bisher, hat der Magdeburger Fall erschreckend gezeigt. Es wird sich jetzt herausstellen müssen, ob Sie wirklich bereit sind, so brüchig auch manchmal die Unterlagen sein mögen, mit uns jetzt eine neue Welt zu bauen, in der es Gerechtigkeit gibt und nicht auch noch Justiz. (Bravo! b. d. D. Dem.)

Parteinachrichten

Bezirk Halle.

Handelsminister Dr. Schreiber

vor der Industrie- und Handelskammer in Halle.

Auf einem von der Industrie- und Handelskammer veranstalteten Empfangsabend, der Behörden und Wirtschaft in nähere Berührung bringen soll, nahm Handelsminister Dr. Schreiber zu einer längeren Ansprache das Wort, aus der wir nach den in den Tageszeitungen bereits erschienenen Mitteilungen nur einen kurzen Auszug wiedergeben. Mit dem Vorankommen der deutschen Außenpolitik und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, meinte der Minister, habe sich die Stimmung wesentlich zugunsten Deutschlands gewandelt. Man könne aber die wirtschaftspolitische Entwicklung nicht von der außenpolitischen trennen, und es sei deshalb auch eine günstige Auswirkung auf unseren Außenhandel und die deutsche Wirtschaft unverkennbar. Der alte Kampf um Kohle und Erz habe auf dem Wege friedlicher Verständigung eine wirtschaftliche Lösung gefunden. Analog den außenpolitischen Verhältnissen trete auch eine Konsolidierung der innerpolitischen Verhältnisse hervor. Von Bedeutung sei dabei die Stellung der Industrieführer zu Staat und Wirtschaft und zu den sozialen Problemen, wie sie gelegentlich der Dresdner Tagung zum Ausdruck gekommen sei. Man dürfe heute von Symptomen eines langsamen, aber stetigen Aufstiegs sprechen. Ein Sinken der Zahl der Kurzarbeiter und der Arbeitslosigkeit überhaupt mache sich bemerkbar, und Hand in Hand gehe damit eine nicht unwesentliche Zunahme des Beschäftigungsgrades unserer Wirtschaft. Einen charakteristischen Gradmesser bieten dafür die Erträge der Steuer vom Lohnabzug, die noch im April dieses Jahres nur 79,5 Millionen betrugen, im August aber bereits auf 93,1 Millionen stiegen. Besonders kennzeichnend aber sei der Nachweis, daß im August über 2 Milliarden mehr an Lohn gezahlt wurden und so die Kaufkraft weiter Bevölkerungsschichten wieder gehoben werden konnte. Auch unsere Handelsbilanz lasse sich im laufenden Wirtschaftsjahr mit monatlich etwa 100 Millionen im Export besser an wie im Vorjahre, und zu dieser günstigen Entwicklung trage wesentlich bei, daß Deutschland in Waren, die früher stark importiert wurden, wie Stickstoff, Seide, Oel, heute zum Eigenprodukt geworden sei. Man könne also die Lage unserer Wirtschaft mit vorsichtigem Optimismus einschätzen, wobei besonders zu beachten sei, daß Maßnahmen, die sich bisher noch nicht genügend auswirken konnten, als stille Reserven in Bereitschaft ständen.

Minister Dr. Schreiber schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem Wunsche, daß der mitteldeutsche Wirtschaftsbezirk an der Entwicklung und Erneuerung der deutschen Wirtschaft zu seinem Teil mitarbeite und daß sich die Hoffnungen auf eine fortschreitende Wirtschaftsentwicklung erfüllen mögen.

Schwarz-weiß-rot an Dienstwohnungen.

Unklarer Amtsstil der Reichsbahn.

Halle. In Weißenfels fand am 5. September ein „Stahlhelm-Sporttag" statt. Dabei marschierten die Stahlhelmleute natürlich in Festkluft mit Tornister, Zeltbahn und allem möglichen militärischen Drum und Dran unter ihren schwarz-weiß-roten Fahnen. Denn Sporttag ist ja doch nur die äußere Hülle für die unvermeidliche Militär- und Kriegsromantik. Wer von den Weißenfelser Einwohnern gleichen Sinnes war, zeigte das durch Schmücken der Häuser und Fenster mit schwarz-weiß-roten Fahnen und Fähnchen. Diesen Schmuck trug auch die in der 1. Etage des Dienstgebäudes des Eisenbahnbetriebsamts belegenen Wohnung des Regierungsrats Unruh. Wenngleich nun bisher die Reichsbahn-Gesellschaft sich der vom Reichsverkehrsminister erlassenen Verordnung, daß Dienstgebäude und Dienstwohnungen nur mit der deutschen Reichsflagge beflaggt werden dürfen und diese Bedingung beim Vermieten amtlicher Wohnungen in den Mietvertrag aufgenommen werden muß, wenngleich also die Reichsbahn-Gesellschaft sich dieser Verordnung bisher formell nicht angeschlossen hat, so konnte man doch ihr Einverständnis und ihre Zustimmung als selbstverständlich annehmen. In dieser Annahme gab denn auch die Republikanische Beschwerdestelle der Reichsbahndirektion von der Angelegenheit Kenntnis. In der amtlichen Rückäußerung des Präsidenten der Reichsbahndirektion heißt es nun, daß gegen Unruh das „Erforderliche" veranlaßt worden sei. Worin dieses „Erforderliche" besteht, darüber schweigt sich die Reichsbahndirektion aus und überläßt es den Beschwerdeführern sich mit einer dem ältesten Amtsstil entliehenen Bezeichnung auch in einem Falle abzufinden, der zu einer ganz eindeutigen Stellungnahme und Entscheidung gerade ihnen gegenüber nötigte. Hoffentlich wird das „Erforderliche" wenigstens von dem Reichsbahnbeamten, an den es in diesem Falle gerichtet ist, eindeutig verstanden. Das Reichsbahn-Präsidium würde sich aber Zeit und Arbeit ersparen und in Beamtenkreisen am besten dadurch jeden Zweifel beheben, wenn es dem vom demokratischen Reichstagsabgeordneten Schuldt gestellten Antrage, der vom Reichsverkehrsminister bereits erlassenen Verordnung beizutreten, ungesäumt zustimmte. Diese Zustimmung ist zwar ein rein formaler Akt, scheint aber angesichts der Auffassungen in Kreisen gewisser höherer Reichsbahnbeamten sehr notwendig zu sein.

Jungdemokraten Halle a. S. Sonnabend, den 23. Oktober 1926, treffen sich alle Demokraten und Republikaner mit ihren Angehörigen abends 7 Uhr im Rest. „St. Nikolaus", Nikolaistraße, zur Teilnahme an unserem Herbstvergnügen.

Halle. Heute, Sonnabend abend 7 Uhr, findet im großen Nikolaussaal das Herbstvergnügen unserer hiesigen Jungdemokraten-Gruppe statt. An Vorbereitungen zum Gelingen des Festes haben es unsere jungen Freunde nicht fehlen lassen. Möge ein guter Besuch aus den Reihen der Mitglieder des Vereins der D. D. P. den von der Jugend bewiesenen Eifer belohnen. Die Eintrittskarte kostet einschließlich Tanz und aller Darbietungen 1 M.

Halle. In der Volkshochschule beginnen die Kurse Montag, den 1. November. Die Vorträge behandeln: a) Philosophie, Religion, Pädagogik — b) Literatur und Kunst — c) Naturwissenschaften, Medizin — d) Sprachen-Unterricht, der in Lehrgänge für Anfänger und für Fortgeschrittene zerfällt. Außerdem werden in Sonderveranstaltungen Vorträge über Weltanschauungsfragen geboten. Die genauen Arbeitspläne sind in den Verkaufsstellen der Teilnehmerkarten und auch in unserer Geschäftsstelle, Leipzigerstr. 21, einzusehen. Auskunft in allen Angelegenheiten der Volkshochschule wird in der Katholischen Volksschule, Oleariusstr. 7, Zimmer 12, erteilt.

Weißenfels. Am Freitag abend hielt die Deutsche Demokratische Partei in Schumanns Garten eine trotz des sehr ungünstigen Wetters gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in welcher Frau Reichstagsabg. Dr. Lüders über „Deutschlands Befreiung" sprach. Nach einer Begrüßung der Anwesenden durch die Gattin des preußischen Handelsministers Dr. Schreiber gab Frau Reichstagsabg. Dr. Lüders einen Ueberblick über die politische Vergangenheit der Nachkriegszeit, in der sie die innen- und außenpolitischen Vor- und Nachteile dieser sieben Jahre heraushob, und sich mit den Verhandlungen in Spa, Genua, London und Genf beschäftigte. Wenn heute der Reichsaußenminister Dr. Stresemann auch Lorbeeren erntet, so wollen wir doch nicht vergessen, daß diese auf Rathenaus Grabe gewachsen sind. Nachdem Rednerin sich mit dem Völkerbund beschäftigt hatte, ging sie auf handelspolitische Fragen ein und forderte zum Schluß, daß man verlangen müsse, daß die politischen Führer und Vertreter des deutschen Volkes auch reine Farbe bekennen und nicht heute für die Republik und ihre Farben schwarz-rot-gold eintreten und morgen schwarz-weiß-rote Reden halten. Auch bei politischen Reden zu Bierabenden sei Vorsicht geboten. Nachdem Frau Dr. Lüders noch die Kriegsschuldfrage berührt hatte, welche keine politische, sondern historische Frage sei, schloß sie ihre von lebhafter Zustimmung mehrfach unterbrochenen Ausführungen. Als Frau Dr. Schreiber der Rednerin gedankt und das Schlußwort gesprochen, dankte Fabrikbesitzer Sonntag beiden Damen für ihre interessanten Ausführungen.

Welche Altersversicherung berücksichtigt am besten die Interessen der alleinstehenden, berufstätigen Frau?

Wenn heute in steigendem Maße Berufsorganisationen ihren Mitgliedern durch eigene Versicherungseinrichtungen Zusatzrenten zu den offiziellen, nicht ausreichenden Sozialrenten zuführen wollen, so müssen sie die Art und das Maß der Leistungen genau der Eigenheit der Bedürfnisse ihres Mitgliederkreises anpassen. Diese Bedürfnisse werden verschieden sein, je nachdem ob es sich lediglich um weibliche Berufstätige oder um meist verheiratete Männer oder gar um die Mischung von Männern und Frauen handelt. Die Interessen der Frau können am besten und exaktesten nur durch die Versicherung einer reinen Frauenorganisation gewahrt werden. Die Rentenversicherungskasse des Verbandes der weiblichen Handels- und Büroangestellten E. V. (VWA) paßt sich in hervorragendem Maße den typischen Erfordernissen des Lebens der berufstätigen Frau an. Als Altersversicherung gewährt sie automatisch Altersrente nach vollendetem 65. Lebensjahr der Versicherten, wenn die 10jährige Wartezeit erfüllt ist. — Da bei Frauen die Gefahr groß ist, im Falle vorzeitiger Berufsunfähigkeit mittellos, ohne sie unterstützende Angehörige dazustehen, (beim Mann ist diese Gefahr wegen der mitarbeitenden Ehefrau oder der arbeitsfähigen Kinder geringer), gehört eine großzügig ausgebaute Invalidenrente unbedingt mit zur Altersversorgung der Frau. Diese Rente (dauernde und vorübergehende) wird von der Rentenkasse des VWA gewährt. Hiermit weicht diese Kasse von dem starren System einer Altersversicherung ab, die erst mit 65 Jahren wirksam wird und die sich womöglich — wie es in anderen Organisationen geschieht — an die Voraussetzung einer mindestens 25jährigen ununterbrochenen Mitgliedschaft unter Staffelung der Sätze bindet. Die Rentenversicherung des VWA erfordert für die Leistung der pro Anteil gleichbemessenen Invalidenrente lediglich die Erfüllung einer 10jährigen Wartezeit. — Neben die vorzeitige Berufsunfähigkeit tritt für die Frau die Möglichkeit der Berufsaufgabe und des Austritts aus dem Berufsverband infolge Verheiratung. Keine Verluste dürfen ihr hierdurch entstehen. Deshalb erstattet die Rentenkasse des VWA. auf Antrag des Mitgliedes im Falle der Verheiratung die gesamten bisher eingezahlten Beiträge restlos zurück, obendrein mit einem Zuschlag von 5 Prozent. Sie sucht also nicht etwa durch Zahlung lediglich einer Pauschalsumme, womöglich geknüpft an die Forderung bestimmtjähriger Kassenzugehörigkeit, Geschäfte auf Kosten der sich Verheiratenden zu machen. Die Versicherung ist zur Sparkasse geworden. — Die Versicherung ist zur Sparkasse geworden. — Stirbt das Mitglied nach mindestens 3jähriger Beitragsleistung, so werden pro Anteil 100 Mark Sterbegeld gewährt. — Im ganzen können 1—5 Anteile von einem Mitglied des VWA versichert werden. Jeder Anteil bedeutet 20 Mark Monatsrente im Versicherungsfalle. Die Rente der Sozialversicherung kann demnach bis um 100 Mark monatlich durch die Versicherungskasse des VWA erhöht werden. Machen Erwerbslosigkeit oder sonstige wichtige Hindernisgründe die ununterbrochene Beitragsleistung unmöglich, so tritt auf Antrag Stundung bis zu 2 Jahren ein, oder aber es werden bei gleichzeitige: Verringerung der Anteile die früher geleisteten überschießenden Beiträge als Neueinzahlung angerechnet. — Die Verzinsung der Einzahlungen durch die Rente ist eine außerordentlich gute, in Fällen vorzeitiger Berufsunfähigkeit sogar eine frappierend hohe und um so mehr, je niedriger das Eintrittsalter der Versicherten war. Die Beiträge pro Anteil belaufen sich bei einem Eintrittsalter bis zu 20 Jahren zeitlebens auf 1,20 Mark monatlich, bei 20—25 Jahren zeitlebens auf 1,60 Mark usw.. So kann es z. B. vorkommen, daß bei einem Eintrittsalter von 19 Jahren, einem Anteilbeitrag von 1,20 Mark monatlich und einer Berufsunfähigkeit im 50. Lebensjahre die inzwischen eingezahlten 446,20 Mark in noch nicht ganz 2 Jahren (monatlich 20 Mark) als Rente zurückerstattet sind. Die Rentenzahlung setzt sich aber u. U. noch jahrzehntelang fort.

Eine Kasse, die sich derart großzügig den speziellen Anforderungen der berufstätigen Frau anpaßt, verdient es, durch größten Mitgliederzuwachs in ihrer vom Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung überwachten Leistungsfähigkeit gesteigert zu werden.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Ludwig Münz, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Allg. Ztg.), Delitzsch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19261023-19/fragment/page=0006

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 55 Goldpfennig monatlich zuzüglich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verspätung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Anzeigen-Annahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser", Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Fernsprecher Nr. 1877.

Nummer 43 — Halle (S.), 23. Oktober 1926 — 2. Jahrgang

Die Politik der Wirtschaft.

Falsches Nationalgefühl — Das Manifest der Wirtschaft — Unwilliges Echo in Rom und Paris — Amerikanische Ablehnung — Vernichtende Kritik an Versailles — Die unmöglichen Grenzen — Der Kampf gegen die Zollmauern — Besprechungen zwischen Gilbert und Mussolini — Deutsch-französisches Wirtschaftsbündnis? — Die Aeußerungen des Herrn Seydoux — Quertreibereien gegen Thoiry — Keine Auflegung der Eisenbahnbons — Die vertagte große Koalition — Die Sozialdemokraten gegen Braun — Konsolidierung der Mitte — Fridericus Rex für 10 Pfennige — Ausgerechnet Herr Stingl.

Nicht umsonst haben wir unsere letzte Wochenschau Wirtschaftsverflechtung überschrieben. In politischen und Handelskreisen wußte man seit einiger Zeit, daß neben den bekanntgewordenen Verhandlungen über Abschluß von Konventionen einzelner Industrien, auch andere Aktionen in Vorbereitung waren. Ihre Bedeutung zu überschätzen wäre verfehlt, weil sich die Schwierigkeiten noch riesenhoch auftürmen und die verschieden gearteten Interessen nur ganz allmählich einen Ausgleich finden werden. Auch sträubt sich ein falsch verstandenes Nationalgefühl gegen die Verwischung der Landesgrenzen. Keinen Erfolg soll man sicher in Rechnung stellen, denn Monate und Jahre können vergehen, ehe aus diesen Kundgebungen Taten geworden sind. Und doch sind diese Aktionen auf keinen Fall vergeblich, weil sie einen Gedanken fördern, der heute gleichsam in der Luft umherschwirrt und doch früher oder später Form gewinnen muß. Dabei soll man den Begriff international nicht zu weit ziehen. Je umfassender er sich darstellt, um so geringer wird seine Aussicht auf Verwirklichung. Asien und Afrika scheiden beinahe völlig aus, Australien käme nur als britisches Dominion in Betracht, und die Vereinigten Staaten stehen genau so abseits, wie die lateinischen Republiken in Süd- und Mittel-Amerika. Es geht im wesentlichen nur um Europa. Aber auch das ist ein Fortschritt, der in unserer Linie liegt.

Man muß klar unterscheiden zwischen jenen großen Versuchen Weltwirtschaft zu treiben und den Bestrebungen, zunächst einmal zwischen einzelnen Völkern die Konkurrenz auszuschalten. Das erste ist so gewaltig, daß man es zwar erhoffen und erwünschen, aber nicht ohne weiteres auch nur als möglich unterstellen soll. Daß man es trotzdem in den Vordergrund drängt ist taktisch nur richtig, weil sich die Menschheit daran gewöhnen muß, über ihre engen Sonderinteressenten hinwegzusehen und die großen Zusammenhänge zu erfassen. Die nächste Zukunft jedoch liegt in den Abmachungen, wie sie sich im Eisenpakt darstellen oder in Romsen in Vorbereitung gewesen sind. Auf sie wird man immer wieder eingehen müssen, selbst wenn man sie im Sinne des weiteren Gedankens nur als Vorstufe betrachtet.

Das Manifest der Industriellen und Finanzleute aus 6 Staaten hat in der Oeffentlichkeit ungeheures Aufsehen erregt. Es ist durchaus nicht überall freundlich aufgenommen worden, nicht einmal in Ländern, die selbst daran beteiligt sind. In Italien äußert man lebhafte Bedenken, weil dieser Staat durch seinen Mangel an Rohstoffen allerdings in einer ungewöhnlich schlechten Stellung sich befindet. Es hat weder Holz, noch Kohlen, noch Eisen. Letzteres in so bescheidenem Ausmaße, daß man es nicht nennenswert in Betracht ziehen darf. Es ist im wesentlichen ein Agrarstaat mit verarbeitender Industrie und völlig auf die großen Rohstoff-Reservoire der Welt angewiesen. Auch die Amerikaner wollen trotz der Unterschrift Morgans wenig von dieser Kundgebung wissen. Auch das ist begreiflich. Die Republikaner, die in Washington regieren, sind Schutzzöllner und können schon angesichts der bevorstehenden Wahlen garnicht daran denken ihre Hauptparole fallen zu lassen. In den französischen Rechtskreisen aber sieht man in dem Manifest eine vernichtende Kritik der Friedensverträge von Versailles, St. Germain, Trianon und Sevres. Uebrigens nicht mit Unrecht. Deutlicher ist nur selten über die Ungeheuerlichkeiten dieser sogenannten Friedensverträge gesprochen worden als in diesem Manifest. Sie werden für das ganze Elend der Gegenwart verantwortlich gemacht.

Gerade darin jedoch sehen wir einen wesentlichen Fortschritt. Es hat gar keinen Zweck, aus Gefälligkeit gegen Frankreich oder die Staatsmänner der anderen Ententestaaten diese Kritik zum Verstummen zu bringen. Ihre nicht gründlich mit allen den Fehlern aufgeräumt wird, die 1918 und 1919 begangen worden sind, werden die Zustände nicht ändern. Das Manifest stellt durchaus sachgemäß fest, daß die Schaffung kleiner Staaten nach Zerschlagung der Großmächte eine unerträgliche Lähmung des Handels bedeutet. Es geht sogar weiter und bemängelt auch die hohen Eisenbahntarife, die von politisch. Erwägungen diktiert worden sind, worunter zweifellos in unserer Linie die Belastung der Reichseisenbahn durch den Dawesplan gemeint ist. Die unnatürlichen Grenzen, die heute Europa zerschneiden, sind durch Zollmauern verstärkt worden, hinter denen sich Industrien entwickelt haben, deren Lebensfähigkeit bestritten wird. Jeder von uns kennt die Berechtigung dieser Verurteilung, sie ist auch häufig genug ausgesprochen worden, aber daß sich die Wirtschaft entschloß, diese Uebelstände öffentlich an den Pranger zu stellen, ist das neuartige. Ist es vor allem, weil darunter Namen stehen, die internationalen Klang besitzen. Wenn der Gouverneur der Bank von England, der französischen und belgischen Notenbanken, der Italiener Pirelli, die leitenden Finanzleute Hollands, der Schweiz, Schwedens und Morgan sich zu dieser Auffassung bekennen, so kann man das nicht mehr mit einer Handbewegung abtun. Was sie fordern, ist die Beseitigung der Zollschranken, ist freie Bahn für den internationalen Handel.

Danebenher laufen weiter die Bestrebungen, zu Einzelabkommen zu gelangen. Man braucht nicht gleich so weit zu gehen, wie es angeblich eine hochgestellte deutsche Persönlichkeit dem Intransigeant gegenüber getan haben soll, wonach ein gemeinsames deutsch-französisches Finanzprogramm mit politischer Einigung erstrebt wird. Einzelheiten zu dieser Meldung fordern jedoch Beachtung. So,

Dr. Bohner

über

den Magdeburger Justizskandal

in der Beilage der heutigen Nummer.

wenn von Besprechungen die Rede ist, die d[illegible] agent für Reparationen, Gilbert, in Rom m[illegible] und dem Grafen Volpi führt, um eine gemein[illegible] form für die Abänderung des Dawesplanes [illegible] gemeine Regelung der Schuldenfrage zu fi[illegible] Mitteilungen über die Gründung eines int[illegible] Finanztrustes unter Hinzuziehung der M[illegible] sind sicher verfrüht, geben aber doch eine [illegible] tung an.

Bedeutsamer, weil klarer und bündiger [illegible] rungen des französischen Finanzsachverständ[illegible] amteter Stellung Seydoux, die das neue [illegible] blatt wiedergibt. Seydoux verlangt eine [illegible] Wirtschaftspolitik Deutschlands und Frankrei[illegible] densgewähr mit dem Ziel, den Kern für ein[illegible] päische Wirtschaftsunion zu bilden. Sehr [illegible] seine Forderungen nach staatlicher Kontrolle [illegible] und Einflußnahme auf die Preisbildung. Hi[illegible] allerdings lebendige Gegenwart und zwar e[illegible] nicht mehr phantastisch ist.

Das bedeutet freilich nicht, daß die A[illegible] von Thoiry sehr rasch in die Erscheinung treten. Im Gegenteil kann man nur immer wieder zur Geduld mahnen, die Widerstände und Schwierigkeiten sind garnicht zu unterschätzen. Sie gehen einmal von Paris aus, wo man noch immer zaudert, die Folgerungen aus der Besprechung Stresemanns mit Briand zu ziehen und sogar Quertreibereien versucht, wie jetzt Senator Jouvenel im „Matin", der geradezu auffordert, Thoiry als belanglos beiseite zu tun, und in noch höherem Grade von Washington, das sich scharf ablehnend gegen die Auflegung der Eisenbahnbons äußert. Weniger vermutlich, weil der Geldmarkt nicht aufnahmefähig für eine Summe von 2 bis 3 Milliarden ist, — das dürfte nur den Vorwand bilden, als weil man Frankreich nicht von den Daumenschrauben befreien will, ehe es nicht das Schuldenabkommen ratifiziert hat. Dafür aber sind die Aussichten geringer denn je. Die Abneigung gegen diese Vorlage wächst im Parlament zusehens, und es klingt durchaus glaubhaft, wenn an der Seine angenommen wird, daß Poincare den Entwurf zurückzieht.

Doch noch einen anderen Grund haben die Vereinigten Staaten, Frankreich nicht aus seiner Schuldknechtschaft zu entlassen. Solange in Europa unter ungeheueren Kosten das Wettrüsten fortgesetzt wird, wird man in den Vereinigten Staaten den Geldbeutel zuhalten. Die Erfahrungen mit der Abrüstungskommission des Völkerbundes berechtigen aber nicht gerade zu irgendwelchen Hoffnungen. Gerade Frankreich stellt immer neue Thesen auf, die nur als Sabotage bezeichnet werden können, und in der Frage der Giftgase ist die Kommission zu keinem Beschluß gekommen. Es war der Vorschlag gemacht worden, gegen Kriegführende, die von diesem verheerenden Kampfmittel Gebrauch machen, Sanktionen vorzunehmen, die wiederum mit Giftgasen durchgeführt werden sollten. Dagegen hat sich auch Deutschland mit Recht gewandt, denn das bedeutet im Grunde nur, daß jeder Staat Giftgase herstellen muß, um sie bei solchen Sanktionen vorrätig zu haben.

Ruhiger entwickelt sich die deutsche Innenpolitik. Die Versuche, in Preußen die große Koalition herbeizuführen, sind allerdings zunächst gescheitert. Denn da keiner wollte leiden, daß der andere für ihn zahlte, zahlte keiner von beiden. Die Sozialdemokratie wünschte Zeit zu gewinnen, um sich nicht ihre Werbewoche stören zu lassen und auch noch rasch einige Pöstchen zu besetzen. Die bürgerlichen Regierungsparteien möchten gerne die gleiche Frage auch im Reiche anschneiden, wozu der Zusammentritt des Reichstages abgewartet werden muß, die Volkspartei ist verstimmt, weil der große Wechsel in der Verwaltung ohne sie vorgenommen wurde. So hat man sich denn, wie üblich, wieder einmal auseinander geredet, obwohl die Errichtung einer Regierung auf breiter Grundlage eine unbedingte Notwendigkeit ist. Und weil sie sich [illegible] eben wir auch die Hoffnung nicht [illegible] später zur Tatsache wird. Der [illegible] Deutschnationalen kann garnicht [illegible] en. Graf Westarp hat in seiner [illegible] angeschlagen, die wir bei ihm [illegible] ie Stelle forschen Draufgänger- [illegible] Elegie. Er sieht alle Felle fort- [illegible] lung dürfte richtig sein, nur ist [illegible] t geneigt, zu erkennen und zu [illegible] ne Freunde allein die Schuld [illegible] h dagegen gewandt, daß Strese- [illegible] len als die ewig Gestrigen be- [illegible] in der Tat falsch. Es sind die [illegible] immer 60 Jahre in der Ent-

[illegible] uch die Sozialdemokraten. Sie [illegible] r ein Meisterstück geliefert. Ihr [illegible] legte den Vergleich mit den [illegible] ist er gewiß nicht. Aber die [illegible] demokraten, die den Volksent- [illegible] und damit zu einer sicheren Nie- [illegible] Die von ihnen selbst ursprünglich [illegible] nen glatten Sieg erstritten und [illegible] enheit vom Halse geschafft. Daß [illegible] den Wählern ihre eigene Re- [illegible] gehört in das bei ihnen sehr [illegible] r Unzuverlässigkeit.

[illegible] der Mitte hingegen schreitet fort. [illegible] liberale Vereinigung gegründet worden, in deren Vorstand die Volkspartei und die demokratische Partei offiziell vertreten sind. Es ist hier leichter als irgendwo anders, beide zusammenzubringen, weil in Bayern schon früher immer nur eine liberale Partei bestanden hat. Sie sind getrennt marschiert und geschlagen worden. Man muß abwarten, ob sie gemeinsam ihre Stellung verbessern können. Gerade in Bayern aber ist das sehr notwendig, als Gegengewicht gegen den Partikularismus, der sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit äußert. Auch jetzt wieder angesichts der neuen Briefmarken. Sie sind mit dem Fridericus Rex höchst unzufrieden. Wir sind es auch, aber aus anderen Gründen. Wir finden, daß Friedrich II. in die Reihe unserer Dichter und Künstler nicht hineingehört, weil er, vollständig französisch eingestellt, gar kein Verständnis für sie aufgebracht und Lessing und Goethe auch persönlich geschädigt hat. Von beiden wollte er nichts wissen. In München aber sieht man in dem Preußenkönig nur den Sieger von Roßbach. Als ob es darauf ankäme. Der Witz liegt übrigens darin, daß der verantwortliche Minister für die Briefmarke Herr Stingl aus Bayern ist. Weiter konnte man die Ironie nicht treiben.

Der Reichstagsbeginn steht unmittelbar bevor. Die parlamentarischen Arbeiten setzen wieder ein. Dieser Winter kann für die innere Politik, wie für die äußere entscheidend werden.

Richard Mey.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19261023-19/fragment/page=0007